Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26. Sonnabend, den 31. Januar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Die auswärtige Politik Deutschlands

Es ist eine alte Klage der Reaktionäre, daß seit Bismarcks unfreiwilligem Abgange die starke Faust und der Mann fehle, um ein zielbewußtes Regierungsprogramm zu verwirklichen. Und tatsächlich bewegt sich seit den neunziger Jahren die deutsche auswärtige Politik in einem Zickzackkurs. Was heute als der Weisheit letzter Schluß gepriesen wird, wird morgen verleugnet. Seit dem Telegramm des Kaisers an den Burenpräsidenten Paul Krüger, in dem er zu der Vereitelung des Putsches Dr. Jamesons gratulierte, bis zu dem Agadirkonflikte, war die deutsche Politik ausschließlich von dem Gegensatze zu England beherrscht und trug keine Bedenken, das mächtige Großbritannien in der unvernünftigsten Weise zu reizen; es sei nur an die Reden erinnert, in denen sich der Kaiser zum Schutzherrn der Mohammedaner aufwarf und durch die er naturgemäß England als die größte mohammedanische Macht nervös machen mußte.

Mit dem Zusammenbruche der Türkei brach auch die deutsche großsprecherische Politik gegen England zusammen. Die gemeinsamen Interessen beider Mächte an der offenen Tür in Kleinasien begünstigten das vertrauensvolle Zusammenarbeiten, von dem der Reichskanzler neulich sprach. Aber während die deutsche Politik nach vielen Irrungen und Wirrungen, nach einer unsäglichen Kräftevergeudung und mehrmaliger Gefährdung des europäischen Friedens lernte im Einvernehmen mit dem noch immer seebeherrschenden Albion zu handeln, hält sie ihre schwankende und unklare Stellung zu den orientalischen Fragen mit einer Ausdauer aufrecht, die einer besseren Sache würdig wäre.

Bekanntlich grassiert seit ungefähr 15 Jahren das Schlagwort, daß Deutschland der wahre Freund der Türkei sei. Aber dasselbe Deutschland hat seine Bundesgenossen ruhig gewähren und der Türkei die schwersten Wunden schlagen lassen. Ohne die Annexion von Bosnien und der Herzegowina und ohne den Raubzug nach Tripolis kein Balkankrieg und keine Auflösung der europäischen Türkei! Deutschland, das die Türkei einmal gegen England auszuspielen und von Syrien her den Suezkanal und Aegypten bedrohen zu können hoffte, hat seinen moralischen Einfluß bei seinen Verbündeten nicht ausgeübt, um eine Diskreditierung der Jungtürken zu verhüten. Diese Ziellosigkeit ist umso verurteilenswerter, als die verantwortlichen Männer wohl wußten, was auf dem Spiele stand. Fürst Bülow erzählt in dem eben erschienenen ersten Bandes des Jubiläumswerkes „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“, daß der verstorbene deutsche Botschafter in Konstantinopel, von Marschall, ihm mitgeteilt habe: „Wenn wir Marokko trotz Damuskus und Tanger preisgeben, so verlieren wir mit einem Schlage unsere Stellung in der Türkei und mit ihr die Vorteile und Zukunftsaussichten, die wir uns durch jahrelange Arbeit mühsam erworben haben.“

Die deutsche Regierung hat Marokko aufgegeben, obwohl sich der deutsche Kaiser in Tanger für die Freiheit des Landes verbürgt und in Damaskus als treuer Freund der Mohammedaner etabliert hatte; Deutschland gab nicht nur Marokko auf, es gab sogar die Türkei auf. Und da wundert man sich, daß die Türken nachgerade der deutschen Bemutterung müde geworden sind.

Niemand zwang Deutschland, sich das Protektorat über Marokko und die Türkei anzumaßen; es warf sich freiwillig zum Schutzherrn beider Länder auf und sparte nicht mit Versicherungen seiner Hilfsbereitschaft. Aber es hielt nicht Wort. Es wäre besser gewesen, man hätte sich mit einer friedlicheren und stilleren Rolle in der Welt begnügt und man wäre dann nicht in die unangenehme Lage versetzt worden, sich eines schmählichen Wortbruches zeihen lassen zu müssen. Nachträglich erfährt die Politik der Sozialdemokratie eine glänzende Rechtfertigung; sie hat es jederzeit abgelehnt, im geringsten die moralische Verantwortung für weltpolitische Abenteuer zu übernehmen.

Dieselbe Ziellosigkeit in der auswärtigen Politik macht sich auch jetzt wieder unangenehm bemerkbar; trotz der schweren Niederlagen des von deutschen Offizieren gedrillten türkischen Heeres wurde eine deutsche Militärmission in die Türkei gerufen. Dadurch gewann zweifellos das kapitalistische Deutschland eine nicht zu unterschätzende Machtstellung in Konstantinopel. Aber dasselbe Deutschland, das angeblich die Erhaltung der Türkei zu einem der Ziele seiner Politik gemacht hat, weigerte sich, seinen Einfluß für die türkischen Wünsche in der Inselfrage in die Wagschale zu werfen.

Bekanntlich überantwortet der Londoner Friede vom 30. Mai 1913 die Entscheidung über die ägäischen Inseln den Großmächten. Nach dem griechisch-türkischen Frieden wurde also die Inselfrage akut und Sir Edward Grey als der Vorsitzende der Londoner Botschafterkonferenz machte den Mächten den Vorschlag, alle Inseln mit Ausnahme der unmittelbar vor den Dardanellen gelegenen zwei kleinen Inseln Imbros und Tenedos Griechenland zu überweisen. Dadurch rücken die Griechen in die unmittelbare Nähe von Kleinasien, wo viele ihrer Stammesgenossen genau so wie in der europäischen Türkei als Kaufleute und Handwerker wohnen. Insbesondere wird durch den Uebergang von Chios und Mytilene, die Smyrna unmittelbar vorgelagert sind, die bedeutendste kleinasiatische Handelsstadt bedroht. Dagegen hilft auch nicht viel, daß Griechenland die Befestigung und militärische Besetzung beider Inseln untersagt werden soll. Außerdem dürfte der griechische Schmuggel auf beiden Inseln einen Stützpunkt finden. Trotz all dieser Bedenken aber stimmte Deutschland dem Vorschlage der Tripleentente zu. Die türkische Antwort ließ nicht lange auf sich warten; der deutsche General Liman von Sanders wurde seines Posten als Komandant des Konstantinopeler Armeekorps enthoben. Die deutsche imperialistische Presse führt das auf Intriguen Rußlands und Frankreichs zurück. Viel wahrscheinlicher ist es aber, daß Enva Pascha einem deutschen General nicht eine entscheidende Rolle einräumen wollte, wenn Deutschland die dringlichsten türkischen Wünsche unberücksichtigt läßt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Haltung der deutschen Regierung mit höfischen Einflüssen erklärt. Kaiser Wilhelm gefällt sich in der letzten Zeit als Freund Griechenlands. Dabei mögen verwandtschaftliche Beziehungen, und das Gefühl, Schloßherr auf Korfu zu sein, mitwirken.

Die Sozialdemokratie hat wahrlich kein Interesse daran, ob sich die deutsche Reichsregierung blamiert oder nicht. Aber sehr wohl interessiert es sie, ob der deutsche Einfluß in einer Weise geltend gemacht wird, die dem europäischen Frieden dienlich ist. Das kann aber unmöglich behauptet werden, wenn der Türkei gewissermaßen ein Krieg gegen Grichenland aufgezwungen wird. Jetzt rächt sich bitter, daß die deutsche Reichsverfassung dem deutschen Kaiser die souveräne Gestaltung der auswärtigen Politik überläßt und sowohl den Bundesrat als auch den Reichstag von jeder unmittelbaren Mitbestimmung ausschließt. Das mochte solange mit Mühe und Not gehen, als ein Mann von der Autorität Bismarcks die deutsche Politik machte. Nun, da wir uns aber eines Kanzlers erfreuen, der keine persönlichen Erfolge hat und der es verschmäht, in dem Reichstage sich eine Rückendeckung zu schaffen, ist der Kabinettspolitik voller Spielraum gegeben. Die Folge ist, daß Deutschland die Türkei abstößt, ohne Griechenland gewinnen zu können, das ganz auf Frankreich angewiesen ist. Kein Wunder, daß die große Zahl diplomatischer Niederlagen, die Deutschland unter der glorreichen Regierung Wilhelms II. erlitten hat, um neue vermehrt wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Erst Sonnabend wird die Generaldebatte über Sozial- und Wirtschaftspolitik, die sich an das Gehalt des Staatssekretärs knüpft, zu Ende gehen. Die wichtigen Fragen, die in dieser Erörterung Platz finden, haben diese unerwartete Ausdehnung der Debatten zur Folge gehabt. Die Art, wie die Diskussion geführt wurde, hat aber auch gezeigt, wie richtig es wäre, wenn in den Auseinandersetzungen die sozialpolitischen und die wirtschaftlichen Probleme getrennt behandelt würden. Gestern sind wiederum die verschiedensten Fragen in wirrer Folge durchgesprochen worden. Zuerst behandelte der Fortschrittler Weinhausen die Angriffe, die gegen das Koalitionsrecht geplant werden, und er machte den sehr berechtigten Einwand, daß die Auswüchse auf seiten der Arbeitgeber mindestens ebenso oft vorkommen. Diese Bemerkung hat namentlich deshalb ihre Bedeutung, weil ja die Regierung eine Denkschrift darüber herausgeben soll; die Nationalliberalen haben sogar eine entsprechende Resolution eingebracht, die man schwerlich anders auffassen kann, als ein beginnendes Entgegenkommen auf die Wünsche der Konservativen. Herr Behrens, der christliche Arbeiterführer, der in der Fraktion des Herrn Mumm sitzt, hat sich jetzt kennzeichnenderweise mit diesem Unternehmen bereits einverstanden erklärt, und er brachte das auch heute von der Tribüne des Reichstags aus zum Ausdruck.

Der Pole Dombeck sprach über die Tätigkeit des Ostmarkenvereins, der Reichsparteiler Warmuth ritete den Mittelstand, und der frühere Nationalliberale Herr Dr. Becker hielt gegen die Sozialdemokratie eine Verteidigungsrede zugunsten der Schutzzollpolitik.

Genosse Molkenbuhr, der ihm folgte, untersuchte die Wirtschaftspolitik mit weniger Wohlwollen und mit strenger Kritik. Er zeigte unter Anführung eines reichen und beweiskräftigen Materials, daß das Loblied auf den Zolltarif von 1902 den Tatsachen kein Recht findet. Besonders interessant war sein Nachweis, daß nicht geschützte Industrien in Deutschland sich stärker entwickelt haben als beschützte, und daß das freihändlerische England eine stärkere Steigerung der Ziffern seiner Handelsstatistik erlebt hat, als Deutschland. Genosse Molkenbuhr gab die wirklichen Gründe an, Gründe allgemeln wirtschaftlicher Natur, die trotz des Hochschutzzolls eine Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft hervorgerufen haben.

Ein neuer Mann aus dem Zentrum, Herr Emminger vom Algäu, der den Frhrn. v. Thünefeld ersetzt hat, trat, unbeirrt durch diese überzeugende Argumentation, für Zölle auf die landwirtschaftlichen Produkte seiner Heimat ein.

Am späten Abend entwickelte Herr Havenstein von der Reichsbank das Programm seiner Verwaltung.

Die Sitzung hatte mit der Erledigung von Anfragen begonnen. Der General Wild v. Hohenborn, der schneidiger spricht als er aussieht, lehnte eine wirkliche Beantwortung der Frage ab, die der Zentrumsabg. Sittat nach dem Schicksal des von Zabern versetzten 99. Infanterie-Regiments gestellt hatte. Er begnügte sich mit der Erklärung, daß diese Maßnahme keine Strafe sei. Das Zentrum zeigte einigen Unwillen über diese Art der Antwort. Die große Partei der Mitte kann sich aber über das Auftreten der Militärverwaltung nicht beklagen, wenn sie selbst in der Opposition und im Kampf gegen diese Militärverwaltung so leicht nachgibt, wie es vorige Woche geschehen ist!

Die Sontagsruhekommission des Reichstags

trat am Donnerstag vormittag unter Vorsitz des Abg. Trimborn (Zentr.) zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Im Anschluß an § 1 der Regierungsvorlage über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe trat man zunächst in eine Generaldebatte ein.

Abg. Erzberger (Ztr.), neben dem stillschweigend sein sozialpolitischer Gegenfüßler, der Abg. Hitze sitzt, begründet den nunmehr eingelaufenen Zentrumsantrag, der die volle Sonntagsruhe — aber auch mit sechs Ausnahmetagen „für außerordentlichen Geschäftsverkehr“ und mit fünfstündiger Arbeitszeit für die Speditions- und die Schiffsmaklerei! — nur für Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern einführen, dagegen für solche mit 20—50 000 Einwohnern drei Stunden und für solche mit weniger als 20 000 Einwohnern vollends volle fünf Stunden Sonntagsarbeit zulassen will. Als Pflaster auf diese Verewigung der Sonntagsarbeit soll das gänzliche Verbot außer an den drei sogenannten hohen Festtagen auch am Neujahrstag, Charfreitag und Fronleichnam gelegt werden und Ortsstatuten, die schon weiter in der Beschränkung der Sonntagsarbeit gehen, sollen aufrecht erhalten bleiben. Herr Erzberger nennt das „positive“ Sozialpolitik und wendet sich gegen die „negative Kritik“. Seine Behauptung, daß in kleinen Orten zahlreiche Geschäfte 80 % der Einnahme aus dem Sonntagsgeschäft ziehen, hält er aufrecht.

Abg. Mumm (Christlichsozial) ist für volle Sonntagsruhe, wenigstens als Grundsatz mit einigen in der Regierungsvorlage vorgesehenen Ausnahmen.

Abg. Dr. Quarck (Soz.) erläutert den sozialdemokratischen Antrag, der das Gesetz auf die einfachste, klarste und verständigste Formel bringen würde: völlige Sonntagsruhe für Läden und Kontore als Regel, Ausdehnung auf alle verwandten Betriebe (Rechts- und Versicherungsbureaus, technische Bureaus, Apotheken usw.). Ausnahmen nur für Notfälle und einen Sonntag für Weihnachten im übrigen für die sogenannten Bedürfnisgewerbe (Eis, Blumen, Nahrungsmittel) zwei Stunden Höchstarbeit vor zehn Uhr am Sonntagmorgen. Damit sei allen berechtigten Ansprüchen Genüge geleistet und in der Hauptsache die ganze Sonntagsruhe hergestellt. Dann wies Gen. Quarck eingehend nach, daß die kleinen Geschäfte keine Nachteile von der so erweiterten Sonntagsruhe haben.

Abg. Brühne (Soz.) ergänzte diese Ausführungen wirksam durch zahlreiche Beobachtungen aus seiner Praxis als kleiner Geschäftsmann.

Nach einer kurzen Rede des Abg. Graf Posadowsky, der erst wieder für volle Sonntagsruhe eintrat und ihr sicheres Kommen voraussagte, nachher aber zum Zentrumsantrag einlenkt, legten die Nationalliberalen, Konservativen und Freisinnigen ihre Stellung dar. Abg. Meyer-Herford (Natl.) neigt zum Zentrumsantrag, will aber auch für kleinere Orte den Nachmittag frei haben und die Vormittagsarbeit höchstens für drei Stunden zulassen. Er warnt vor zu viel Ortsstatuten, will aber die fortgeschrittenen erhalten wissen. Bei den Ausnahmesonntagen will er auf zwei heruntergehen. — Graf Carmer (Kons.) möchte in den Großstädten wohl die Großbetriebe schließen, aber daneben womöglich die Kleinen verkaufen lassen und hält auf dem Lande die Sonntagsruhe nicht für durchführbar. —

Abg. Doormann (Fr. Volksp.) will für die schwerkämpfenden kleinen Existenzen die Sonntagsarbeit erhalten wissen aber nur auf drei Stunden, nicht auf fünf, wie der Zentrumsantrag. Zur Scheidung in Ortsklassen behalte er die Stellung seiner Freunde vor. Der Abg. Marquardt (Natl.) stellt sich als „tiefreligiös veranlagt" vor und erstrebt die volle Ruhe, mindestens eine einheitliche Schlußstunde am Sonntag und geißelt die lächerlichen Ausnahmen von heute. Die Bauern wollten gar keine Oeffnung der Geschäfte am Sonntag. Sie kauften in der Woche auf Vorrat, der Zentrumsantrag beschleunige die Landflucht des besseren Personals. Als Regierungsvertreter bestätigt Ministerialdirektor Caspar, daß die Regierung vor den rückständigen Prinzipalen zurückgewichen ist; sie habe „gewichtigen Bedenken" nachgegeben. Den Zentrumsvorschlag habe sie auch erwogen gehabt, halte ihn aber als zu schablonenhaft, nicht für brauchbar; er berücksichtige nicht die Verschiedenheit der Verhältnisse an Orten mit gleicher Einwohnerzahl und die Verschiedenheit ihrer Umgebung.

Zabern vor der Budgetkommission des Reichstages.

Bei der Beratung des Postetats in der Budgetkommission gab es beim Einnahme-Etat eine Zabern-Debatte, als Abg. Struve (Fr.) die Frage stellte, was die Postbehörde zur Abwehr der vom Obersten v. Reuter erhobenen Vorwürfe getan habe. Da die vom Staatssekretär Kraetke abgegebene Erklärung ausweichend und völlig nichtssagend war, forderte Genosse Noske klipp und klar Aufschluß darüber, was die Reichspostverwaltung zum Schutze der durch die Reuterschen Vorwürfe schwer angegriffenen Ehre der Zaberner Postbeamten unternommen habe.

Abg. Oertel (Kons.) fühlte sich als freiwilliger Regierungskommissar berufen, die Worte des Obersten im mildesten, das Verhalten der Zaberner Postbeamten im ungünstigsten Lichte erscheinen zu lassen. Hierdurch in seiner Haltung bestärkt, blieb der Staatssekretär bei seinen nichtssagenden Erklärungen, worauf Gen. Südekum feststellte, daß die Kommission das peinliche Gefühl habe, daß die Postbeamten von ihrer Behörde ebenso preisgegeben werden wie die Zivilbehörde in Zabern von der Reichsverwaltung. Gegen die unbegründeten Vorwürfe des Obersten habe man nicht vorzugehen gewagt. Gen. Noske wies auf einen früheren Fall hin, in welchem der Staatssekretär sofort Strafantrag gestellt habe, als ein sozialdemokratischer Redakteur mit viel größerer Berechtigung Vorwürfe gegen die Postverwaltung erhoben hatte. Im Gegensatz zu der hier an den Tag gelegten Schneidigkeit habe sich der Staatssekretär schützend und verteidigend vor den Obersten v. Reuter gestellt. Die Debatte wird sich im Hinblick auf die unbefriedigende Stellungnahme des Staatssekretärs im Plenum wiederholen.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

traf am Freitag Anordnungen über die Beratungsgegenstände in der nächsten Zeit. Bis zu den Osterferien sind noch 41 Sitzungstage. Zunächst soll Sonnabend der Titel „Staatssekretär des Innern" zu Ende gebracht werden. Am Dienstag werden dann einzelne Titel des Etats des Innern zur Beratung gelangen. Am Mittwoch soll die Debatte stattfinden über das Vereinsgesetz; außerdem sollen an diesem Tage die Abstimmungen über die Resolutionen zum Etat des Innern vorgenommen werden. Auf Anregung von sozialdemokratischer Seite wird man auch versuchen, baldmöglichst Wahlprüfungen auf die Tagesordnung zu bringen. Nach der zweiten Beratung des Etats des Innern soll die zweite Beratung des Reichsjustizetats folgen, dann des Reichspostetats, der Reichsdruckerei und der Reichseisenbahn.

Das preußische Abgeordnetenhaus

hat am Freitag den Etat der Domänenverwaltung zu Ende beraten. Aus der Debatte verdient besonders die Rede unseres Genossen Hofer hervorgehoben zu werden, der sich im Gegensatz zu den Liberalen gegen eine Zerschlagung der Domänen aussprach, und statt dessen einen genossenschaftlichen Domänenbetrieb anregte. In den sozialistischen Arbeiter- und Bauerngenossenschaften, so meinte er, würde die deutsche Landwirtschaft, wenn der heutige landwirtschaftliche Großbetrieb untergegangen sei, ihre Wiedergeburt feiern.

Zur Reichstagsersatzwahl im Kreise Samter-Obornik-Birnbaum-Schwerin,

die am 17. März dieses Jahres stattfindet, rüsten die deutschen und polnischen Parteien recht lebhaft. Die Deutschpartei hofft sogar nach dem Ausfahl der Wahl in Rosenberg-Löbau auf einen Erfolg auch in diesem Wahlkreis. Den Polen scheint es viel Mühe zu machen, einen geeigneten Kandidaten an Stelle des Grafen Mielczynski zu finden. Auf polnischer Seite ist man der Ansicht, daß die Kandidatur eines Geistlichen die beste Lösung wäre. Die meiste Aussicht, Kandidat zu werden, hat nach einem Bericht des „Dziennik Poznanski" Prälat Klos aus Posen und Rittergutsbesitzer von Urbanowski aus Zajaczkowo im Kreise Samter. Für die Deutschpartei soll wieder Rittergutsbesitzer von Haza kandidieren, der Katholik ist, aber sich zur konservativen Partei bekennt.

Eine Beruhigungspille.

Die Proteste, die im ganzen Reiche gegen die militärischen Vorgänge in Zabern erhoben wurden, haben wieder eine offiziöse Erklärung gezeitigt. Die „Nordd. Allg. Ztg." vom Freitag abend meldet:

„Für die an dieser Stelle angekündigte und vom Reichskanzler in seiner letzten Reichstagsrede erwähnte Nachprüfung der Dienstvorschrift von 1899 über den Waffengebrauch des Militärs im Frieden sind zunächst beim Kriegsministerium die notwendigen Vorarbeiten erledigt worden. Gegenwärtig finden unter Zuziehung der preußischen und der Reichsressorts der Justiz und des Innern kommissarische Beratungen statt. Auch hat sich der Kriegsminister mit den zuständigen Stellen für die nichtpreußischen Kontingente in Verbindung gesetzt, um möglichste Übereinstimmung in der Fassung der Vorschriften herbeizuführen."

Bei dem umständlichen Verfahren, in welchem diese „Prüfungen" und „Vorarbeiten" erledigt werden, ist nicht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit eine Neuerung erzielt wird, die auch nur den bescheidensten Ansprüchen genügt.

Zur Demission der Straßburger Regierung.

Ueber die Regierungskrise erfahren die „Straßburger Neuesten Nachrichten", die gute Beziehungen zu höheren Beamtenkreisen haben, folgende Einzelheiten:

„Die reichsländische Regierung hat nicht erst jetzt in letzter Stunde, sondern bereits zweimal (im ganzen also dreimal) ihre Demission eingereicht. Das erste Mal geschah dies nach der Konferenz von Donaueschingen, als die versprochenen Garantien ausblieben. Der Kaiserliche Statthalter hat damals den Standpunkt der Zivilverwaltung mit größerer Energie vertreten, als die Oeffentlichkeit anzunehmen geneigt ist. Das zweite Demissionsgesuch wurde am Tage des Krönungs- und Ordensfestes, also am 18. Januar, eingereicht. Diese beiden Entlassungsgesuche hat der Kaiser abgelehnt. Ihnen folgte jetzt, nach Abschluß der Landtagsdebatten, das dritte Demissionsgesuch, auf das die Antwort des Kaisers bekanntlich noch aussteht."

Weiter bemerkt das Blatt:

„Als Nachfolger des Statthalters hat der preußische Landwirtschaftsminister Freiherr Clemens v. Schorlemer-Lieser die meisten Aussichten. Staatssekretär wird höchstwahrscheinlich der Metzer Bezirkspräsident, Freiherr von Gemmingen, der die besten Beziehungen zum Kaiser hat. Als wichtige bevorstehende Neuerung ist anzuführen, daß in Zukunft der Staatssekretär nicht mehr das Ressort der Landwirtschaft, sondern das des Inneren übernehmen wird. Der Unterstaatssekretär Köhler wird voraussichtlich in das neue Ministerium übernommen, schon weil er die Vorarbeiten für die Steuer-Reform geleitet hat und auf diesem Gebiete nicht so schnell zu ersetzen ist. Der Kommandierende General, Generalleutnant v. Deimling, der vor der Beförderung zum General der Infanterie steht, wird wahrscheinlich nach dieser Rangerhöhung mit der Führung des benachbarten badischen 14. Armeekorps beauftragt werden. Ferner hören wir, daß die Reichsregierung auf die Durchbringung der beabsichtigten Ausnahmegesetze für Elsaß-Lothringen noch nicht verzichtet hat."

Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt Freitag abend an der Spitze des Blattes folgende Meldung:

„Wie wir hören, hat sich der Kaiserliche Statthalter, Graf v. Wedel, bereit erklärt, noch einige Monate auf seinem Posten zu bleiben, um die Nachfolger des Staatssekretärs Frhr. Zorn v. Bulach und anderer aus ihren Aemtern scheidender Mitglieder der reichsländischen Regierung in die Geschäfte einzuführen."

Danach ist also die Demission der elsaß-lothringischen Regierung, der Statthalter vorläufig ausgenommen, vom Kaiser angenommen worden.

Der „Deutsche Kurier" will von einer prominenten Persönlichkeit des deutschen politischen Lebens erfahren haben, daß der Statthalter Graf Wedel nichts sehnlicher wünsche, als daß Fürst Bülow sein Nachfolger wird. Der Gesundheitszustand des Fürsten sei ausgezeichnet, und wenn er auch selbst wohl kaum eine Rückkehr ins politische Leben erstrebe, so dürfe man doch annehmen, daß er in dieser schweren ersten Zeit sich nicht versagen wird, wenn der Ruf des Kaisers an ihn ergehen sollte. Auch in den weitsten Kreisen des Volkes sei man der Ansicht, daß Fürst Bülow die geeignete Persönlichkeit sei, um im Reichsland wieder gesunde Verhältnisse zu schaffen, und deshalb dürfe man den Entscheidungen der nächsten Tage mit Spannung entgegengehen.

Im elsaß-lothringischen Landtage

gab die Regierung die Erklärung ab, sie werde über zukünftige Positionen und Forderungen keine Angaben mehr machen, da sie ihre Aufgabe lediglich als die einer Verwaltungsbehörde ansehe. — In der Nachmittagssitzung stimmten alle Parteien gegen die Gehälter der sechs Gendarmerie-Offiziere, die damit gestrichen sind; einmal wegen der auffallenden Haltung des Gendarmeriehauptmanns Schotte im Reuter-Prozeß, der dort erklärte, ihm sei zu Ohren gekommen, daß der Kreisdirektor Mahl versucht habe, die Gendarmen in ihrer Zeugenaussage zu beeinflussen und ferner, weil der Standort dieses Offiziers jetzt von Pfalzburg nach Zabern verlegt wurde. Die Streichung kann lediglich als eine Demonstration des Landtags gegen die Militärbehörde aufgefaßt werden.

Gummiknüppel im Braunschweigischen Wahlrechtskampf.

Zur Eröffnung des Landtags veranstalteten die Braunschweiger Arbeiter am Donnerstag eine machtvolle Wahlrechtsdemonstration. Die Parteiorganisation hatte die Arbeiter gleich im Anschluß an den Schluß der Arbeitszeitszeit, nachmittags 5 Uhr, zu 5 Volksversammlungen zusammenberufen, in denen die Rechtlosigkeit des braunschweigischen Volkes besprochen wurde. Alle Versammlungen faßten eine Resolution, in der gegen diese Rechtlosigkeit protestiert und das freie gleiche Wahlrecht zum Landtage gefordert wird. Da es sich herumgesprochen hatte, daß die Landtagsabgeordneten im Schlosse beim Herzog seien, sammelte sich gegen 6 Uhr abends eine große Menschenmenge vor dem Schlosse und brachte dort brausende Hochs auf das gleiche Wahlrecht aus. Auch wurde die Marseillaise gesungen. Die gesamte Tag- und Nachtpolizei war zusammengezogen, bewaffnet mit Gummiknüppeln, Revolvern und Säbeln und ging dann auch bald von verschiedenen Seiten zum Angriff vor. Unbarmherzig wurde mit den Gummiknüppeln drauflosgehauen, sodaß es zahlreiche Verwundete gab. Die berittene Polizei ritt rücksichtslos auf dem Bürgersteige entlang und verwundete gleichfalls mehrere Personen. Auch die bürgerlichen Straßenpassanten, die sich um diese Zeit besonders viel auf dem in der Nähe des Schlosses befindlichen Steinwege, Bohlwege, der Dankwardsstraße und dem Ruhfäutchenplatze befanden, erhielten Hiebe und wurden niedergeritten. Die Polizei holte Leute selbst aus den Hausfluren heraus und schlug auf sie ein, wobei sich besonders die Nachtwächter (Nachtschutzleute) hervortaten. Die Menschenmenge zog schließlich vor das Landtagsgebäude und brachte dort Hochs auf das freie Wahlrecht aus. Sie wurde durch die Gummiknüppel der Polizei durchaus nicht entmutigt. Aber im Bürgertum machte sich steigende Entrüstung gegen die Polizei wegen ihres Vorgehens gegen die Arbeiter bemerkbar. Selbst ein amtierender Geistlicher wandte sich in der vorigen Woche in einer von ihm einberufenen Versammlung seiner Gemeinde scharf dagegen, daß die Polizei die Arbeiter bei ihren Versammlungen mit ihren Revolvern und Straßenabsperrungen immer provoziere, was nur haßerweckend wirke. Der Wahlrechtsgedanke wird in Braunschweig trotz Polizeirevolver, Säbel und Gummiknüppel nicht zur Ruhe kommen. Im Gegenteil, je schroffer die Polizei die Arbeiterschaft mißhandelt, um so besser marschiert die Wahlrechtsbewegung. Die Gummiknüppel der Polizei sind die beste Agitation.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 31. Januar.

Der Sozialdemokratische Verein hält am Dienstag, dem 3. Februar, im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Mehrlein über „Unsere Offizierskaste", sowie die Wahl des Maifeierkomitees. Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen ist notwendig.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird am Montag, den 2., Dienstag, den 3., Mittwoch, den 4. Februar abends von 8–9 Uhr, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Vorkommnisse im hiesigen Allgemeinen Krankenhaus bildeten den Gegenstand eines Prozesses, der heute vor der Lübecker Strafkammer zum Austrag kommen sollte. Angeklagt war der Schauspieler Erich Nowack, ein geschätztes früheres Mitglied unseres Stadttheaters, der in einem Eingesandt im „Lübecker Volksboten" vom 9. Juni 1913 die Behandlung schilderte, die seiner Braut im Krankenhause zuteil geworden war. Es wurde in dem Artikel gesagt, daß Herr Professor Dr. Roth die an einem Unterleibsleiden Erkrankte geringschätzig behandelt hätte, als er erfuhr, daß sie eine Schauspielerin sei. Weiter wurde darin ausgeführt, daß Prof. Roth bei einer Untersuchung der Kranken, die er vor deren Entlassung vornahm, zu der auf dem Operationstisch sich in Schmerzen windenden Dame geäußert habe: „Sie sind hier nicht auf dem Theater, Sie brauchen diese Pose nicht!" und auf eine Zwischenbemerkung der Kranken noch hinzufügte: „O, ich kenne diese Schauspielerinnen." Ferner wird behauptet, die Kranke habe im Allgemeinen Krankenhaus nach 10 Tagen noch nicht ein verordnetes Mittel erhalten können, das im Katholischen Krankenhause in drei Stunden beschafft wurde. Nowack stellte dann noch einen Vergleich mit den Patienten der ersten und dritten Klasse an und erklärte zum Schluß, Prof. Dr. Roth sei vielen Lübeckern von der geschilderten Seite bekannt, er wolle diese Tatsachen niedriger hängen.

Durch diesen Artikel, der großes Aufsehen erregte, fühlte sich Herr Professor Dr. Roth beleidigt und die Behörde stellte Strafantrag gegen Nowack. Mit Spannung sah man der gerichtlichen Verhandlungen entgegen, die Klarheit über die Vorgänge im Krankenhause bringen sollten. Der Termin war auf heute vormittag angesetzt. Dem Angeklagten, der jetzt in Berlin wohnt, standen als Verteidiger die Rechtsanwälte Wolfgang Heine-Berlin und Jacobsohn-Lübeck zur Seite. 21 Zeugen waren geladen. Es kam aber gar nicht zur Zeugenvernehmung, denn es wurden sofort — nicht vom Angeklagten — Vergleichsversuche angebahnt, die schließlich damit endeten, daß folgende Erklärung von Nowack abgegeben wird, die nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Dr. Meyer zur Verlesung gelangte:

> Auf Grund einer heute stattgehabten Aussprache mit Herrn Professor Dr. Roth und einer von diesem abgegebenen Erklärung spreche ich ihm mein Bedauern über die im Sprechsaal des „Lübecker Volksboten" vom 9. Juni 1913 enthaltenen beleidigenden Aeußerungen aus und übernehme die entstandenen Kosten.
>
> Ich erkläre auch, daß es mir ferngelegen hat, Einrichtungen des hiesigen Allgemeinen Krankenhauses einer beleidigenden Kritik zu unterziehen.

Die vorstehende Erklärung, die im „Lübecker Volksboten", im „Lübecker General-Anzeiger" und in den „Lübeckischen Anzeigen" einmal zu veröffentlichen ist, und in der nicht von den behaupteten Tatsachen, sondern nur den beleidigenden Aeußerungen die Rede ist, läßt erkennen, daß sich Prof. Dr. Roth bei Frau Nowack entschuldigte.

b. **Zweite Strafkammer** am 30. Januar. Sonntagsvergnügen auf dem Lande. Im Juli vorigen Jahres vergnügte sich die Brackrader Jugend beim Tanz in der Tietschen Gastwirtschaft. Außer den Gebrüdern Z. waren auch junge Leute aus der Umgebung da, darunter der Stallschweizer G., dem an diesem Abend kein besonderer Stern zu leuchten schien. Bald kam er dem Hermann Z. in die Quere, dem es gegen den Streifen ging, daß eine Dorfschöne den Fremdling bevorzugte. Es dauerte auch nicht lange, bis G. die Jacke ausgeklopft bekam und sich Hermann Z.s Wort bewahrheitete, der G. müsse gekauft werden und über den Daumen fliegen. An dieser Schlägerei soll nicht nur der Bruder des auf dem Tanzboden Geschnittenen beteiligt gewesen sein, sondern auch der Vater Z. wird beschuldigt, seine Söhne tätige Beihilfe geleistet zu haben. Der erste Film des Juliabends, an dem G. seinen Kopf bekleben lassen mußte, wurde vor dem Eutiner Schöffengericht aufgerollt, das jedem der drei Beteiligten 2 Monate Gefängnis wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung aufknackte. Damit gaben sich die Beteiligten nicht zufrieden, sie versuchen in der heutigen Berufungsverhandlung zu beweisen, daß sie unschuldig sind, und daß ein Vor- und Nachspiel stattgefunden hatte, wobei der kräftige Wirtssohn durch rechtzeitigen Hinauswurf eines ganzen Knäuels einen beginnenden Kampf schlichten wollte, der sich hinter der zugeworfenen Tür weiter abwickelte. Hierbei fiel für Gerechte und Ungerechte etwas ab und der alte Z. soll den Stallschweizer H. die Treppe hinuntergeworfen haben. Das war der Schlußakt. G. erhielt seine Prügel kurz nach seinem Eintreffen beim Schwof, nur ist die Frage von wem, denn die Angeklagten stellen entschieden in Abrede, die Täter zu sein. Es hätte schon vorher eine Schlägerei stattgefunden. Nach zweistündiger Dauer wurde die Verhandlung zum zweitenmal vertagt. Es sollen weitere Zeugen vernommen werden. — Allerhand Schwindeleien trieben die Arbeiter H. und L. in Eutin und Malente. Da gingen sie zu einem Schuhmacher und erschwindelten sich Schuhe, dort besuchten sie einen Professor und einen Gymnasiallehrer, der Geld zum Stiefelbesohlen herlieh, dann wurde einer Produktenhändlerin 6 Mark abgejagt. Natürlich wurde überall beteuert, daß sie in Arbeit stünden und am Zahltag den Kitt zurückbezahlen würden. Einmal wurde auch ein falscher Name angenommen. Die ergaunerten neuen Schuhe wurden in Geld verwandelt und dieses zur Stärkung des Spiritusrings verwandt. Obwohl es sich nur um geringe Beträge von 3, 6 und 9 Mark handelt, wurden die Rückfälligen sehr hart bestraft. L., der gegenwärtig wegen ähnlicher Geschichten 1 Jahr und 7 Monate Zuchthaus absitzt, wurde jetzt insgesamt zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. H. erhielt 2 Jahre Zuchthaus und 400 Mk. Geldstrafe. Bei-

den werden die Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. — Einen unerlaubten Handelsvertrag schlossen der Müllergeselle E. und der Knecht A., die mehrere Jahre in einer Stockelsdorfer Mühle beschäftigt waren. E. mußte auch Buch über den Abgang führen. Die beiden schlossen ein Uebereinkommen, nach dem E. hin und wieder zwei Säcke Gerstenschrot mehr auflud als angeschrieben wurde, die der 20jährige Knecht A. verkaufte. Nebenbei schaffte A. auf eigene Rechnung für 30—50 Mk. Brot mehr weg als ihm zugezählt wurde. Auf zwei Lieferscheinen änderte er ferner die Zahl 4,25 in 4,50 Mk. um, beging also wegen lumpigen 50 Pfg. zwei Urkundenfälschungen in Verbindung mit Betrug. Es ist gewiß bedauerlich, wenn sich junge Leute an fremdem Eigentum vergreifen, was aber diese Sache mit dem Kirchenaustritt des Angeklagten E. zu tun hat, ist nicht recht verständlich. Landgerichtsdirektor Runde stellte nämlich nebenbei die Frage an den älteren Angeklagten, „warum er aus der Kirche ausgetreten sei und um der paar Steuergroschen willen mit der ganzen Vergangenheit sowie den Verwandten gebrochen und sich abseits gestellt habe." Die bisher unbescholtenen Angeklagten wurden zu 3 und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Mildernd kam die Reue in Betracht, die sich auch darin betätigte, daß E. dem Müller 300 und H. seine 65 Mk. betragenden Ersparnisse überwies.

Ausnahmetage. Das Polizeiamt macht bekannt: Auf Grund der §§ 139d und 139e der Reichsgewerbeordnung in der Fassung vom 26. Juli 1900 wird hierdurch für das Jahr 1914 bestimmt: Die offenen Verkaufsstellen dürfen am 4. April (Sonnabend vor Palmsonntag), 11. April (Sonnabend vor Ostern), 16., 17., 18., 19., 21., 22. und 23. Dezember 1914 bis 10 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein. Für diese Tage finden zugleich die Bestimmungen des § 139c, nach welchen den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 beziehungsweise 11 Stunden, sowie Mittagspausen von bestimmter Dauer zu gewähren sind, keine Anwendung. Während der Zeit, während welcher die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe sowie im Gewerbetriebe im Umherziehen verboten.

pb. **Betrüger.** Am 29. ds. Mts. gegen 7¼ Uhr abends erschienen in einem Zigarrenladen in der Dankwartsgrube zwei unbekannte Männer und kauften sich Zigarren. Einer legte ein 20-Mk.-Stück auf den Tisch, während der zweite die Geschäftsinhaberin durch Fragen ablenkte. Als die beiden sich entfernt hatten, bemerkte die letztere, daß der Kunde mit dem Wechselgeld auch das 20-Mk.-Stück wieder eingesteckt hatte. Der eine der Betrüger war etwa 20 Jahre alt, hatte kleinen, hellen Schnurrbart und trug einen grünen, weichen Hut mit an einer Seite hochgeschlagener Krempe und dunklen Jackettanzug. Der zweite war ziemlich groß und korpulent, 30—40 Jahre alt und trug schwarzen steifen Hut und dunklen Ueberzieher. Alle Geschäftsleute werden auf diese Betrüger aufmerksam gemacht.

pb. **Diebstahl.** Am 30. ds. Mts. gegen 5 Uhr nachmittags ist aus einem Trödlergeschäft in der Depenau ein getragener schwarzer Herren-Ueberzieher mit Sammetkragen, zwei Reihen Hornknöpfen und graukarriertem Futter gestohlen worden.

pb. **Verhaftung.** Festgenommen wurde ein Seemann, der dringend verdächtig ist, vor einigen Tagen in einem hiesigen Uhrengeschäfte eine Reisewecker-Uhr gestohlen zu haben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die Nachfrage nach Billetts für die „Biberpelz"-Aufführung am Nachmittag des letzten Sonntags zu Einheitspreisen von 50 Pfg. konnte nicht restlos befriedigt werden. Das Theater war ausverkauft! Es sind nun demzufolge Anfragen und Wünsche in großer Zahl eingelaufen, das Stück doch nochmals an einem Nachmittage zu bringen. — Mit der morgigen Aufführung (wiederum zum Einheitspreise von 50 Pfg.) die vom „Biberpelz" zugleich die letzte ist, ist allen diesbezüglichen Wünschen entsprochen worden. Die Plätze können noch heute von 8—9 Uhr an der Theaterkasse ausgelost werden. — Für die „Meistersinger"-Aufführung am Abend mit Theodor Lattermann vom Hamburger Stadttheater als Hans Sachs und Karl Pfeiffer als musikalischen Leiter brauchts wohl keiner besonderen Empfehlung mehr. — Für den Montag ist eine nochmalige Wiederholung von „Oberst Chabert" angesetzt. Dieses Werk hat sich vermöge seiner außerordentlich guten musikalischen und textlichen Qualitäten und nicht zuletzt auch durch die anerkannt wohlempfundene und künstlerisch vortreffliche Wiedergabe regstes Interesse erobert. Es verdient aber noch mehr in den weitesten Kreisen bekannt und geschätzt zu werden. Wir möchten darum auch diese Aufführung der besonderen Aufmerksamkeit unseres Theater-Publikums empfehlen. — Zur heutigen Aufführung von Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig" soll noch einmal auf die Gültigkeit der Eintrittsermäßigung für die Schüler aller unserer Schulen, einschließlich der technischen und sonstigen gewerblichen Schulen, hingewiesen sein.

Schwartau. Achtung, Gewerkschaftskassierer! Die Beiträge für das Gewerkschaftskartell und das Arbeiter-Sekretariat müssen spätestens bis zum 7. Februar an den Kartellkassierer, Schulstraße 4, abgeliefert werden.

h. **Rensefeld.** Volksschulneubau. Dieses in Rensefeld so bekannte Thema, daß schon über zwei Jahre immer wieder behandelt ist, stand Donnerstag abermals auf der Tagesordnung der Gemeindevertretersitzung. Bekanntlich lehnte die Mehrheit des Gemeinderats (Soz.) die Mitwirkung an den Vorarbeiten des geplanten Schulhausneubaues auf dem von der Regierung verfügten Grundstück und damit auch den Bau ab. Der Grund war darin zu suchen, daß der Baugrund ihres Projektes sich weit billiger stellte, als der aufgezwungene und unsere Genossen es nicht verantworten konnten, der so schon stark belasteten Gemeinde willkürlich noch mehr Steuern aufzubürden. Auch spricht die Lage wesentlich mit. Weiter weist das verfügte Grundstück keine Baufront auf, so daß zu den drei auf einem kleinen Platz stehenden Schulbaracken noch eine vierte hinzugebaut werden sollte. Wirklich eine großzügie Baupolitik. Aber was macht man nicht all den Agrariern zuliebe! Und zuletzt, wenn der Bau an der Mittelstraße (ein sandiger Feldweg) aufgeführt werden würde, angenommen werden konnte, daß die Regierung aus naheliegenden Gründen die Anleihe zum Ausbau dieses Weges nicht genehmigen werde. Es waren zu dieser Sitzung erschienen der Regierungsrat Scheer und Regierungsbaumeister Riesen aus Eutin. Letzterer, um die schultechnischen Fragen zu erörtern, ersterer, um eine Verständigung mit der Gemeinderatsmehrheit zu erzielen. Eine heiße Debatte zwischen unseren Genossen einerseits und den Regierungsvertretern andererseits war die Folge. Die Bürgerlichen hüllten sich in Schweigen. Aber durch nichts konnte der Regierungsvertreter unsere Genossen belehren, auch nicht durch Androhung der gesetzlichen Zwangsmitteln, ihren Standpunkt zu ändern, bis er zuwinkte, daß die Gemeinde durch Mitarbeit ihre Vertreter sich im Punkte Klassenräume vollständiger ausbauen und auch die Klassenfrequenz herabgemindert werden könnte unter den Sätzen des neuen Schulgesetzes. Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, daß der Genosse Hardt den Vorschlag machte, die Beschlußfassung über den Gegenstand auszusetzen und den Antrag einreichte: „Die Vertretung ersucht den Gemeindevorsteher, dahin zu wirken, daß der Schulvorstand baldmöglichst einen Bauplan vorlegt." Beide Anregungen wurden ohne Widerspruch genehmigt. Hoffentlich bringt uns diese Sitzung doch noch einen Erfolg. Nach der Diskussion scheint es, als wenn die Regierung doch nicht nach dem Ruhm eifert, als unumschränkter Schulherr in Rensefeld aufzutreten.

Ratekau. Achtung, Parteigenossen! Am kommenden Sonntag, nachmittags 4 Uhr findet im Vereinslokale unsere Parteiversammlung statt. Da eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen ist, ist es Pflicht der Genossen zahlreich zu erscheinen.

Eutin. Zwei Kinder erstickt. Im benachbarten Hassendorf wurde die vierjährige Tochter des Kaufmannes Trolau von der Mutter auf dem Boden erstickt vorgefunden. Das Kind hatte sich in Schürzenbänder, die am Dachsparren hingen, verwickelt. Als die Mutter mit dem toten Kinde in die Wohnung hinunterging, fand sie ihr ¾ Jahr altes Kind im Bett auf dem Gesicht liegend ebenfalls erstickt vor.

Schönberg. Ein Großfeuer zerstörte in der Nacht zum Freitag das mit Wind- und Dampfbetrieb versehene große Mühlengewese von Thies in Niendorf. Mitverbrannt sind große Mehl- und Kornvorräte.

Hamburg. Allgemeine Volksschule oder Standesschule. Seit Jahren wird in Hamburg ein heftiger Kampf für und gegen die Einheitsschule geführt, deren nächste Vorbedingung der Wegfall der Vorschulen an den Real- und sonstigen höheren Schulen ist. Prinzipiell wird die Frage zur Entscheidung kommen, sobald das im Entwurf fertiggestellte neue Unterrichtsgesetz vom Senat der Bürgerschaft vorgelegt wird. Inzwischen spielen sich schon Vorpostengefechte bei der Errichtung jeder neuen Realschule ab. Die Bürgerschaft hat bisher stets die vom Senat gewünschten Vorschulen abgelehnt; bis zur prinzipiellen Lösung der Frage will sie den Zugang zu den höheren Schulen ungehindert auch allen begabten Volksschülern freihalten. In der Bürgerschaft war das Verhältnis so, daß den Fraktionen der Rechten und des Zentrums mit zusammen 70 Stimmen eine aus den Fraktionen der Linken, der Liberalen und der Sozialdemokraten bestehende Mehrheit, die über rund 90 Stimmen verfügte, gegenüberstand. Infolgedessen verfielen die Anträge auf Errichtung von neuen Vorschulen regelmäßig der Ablehnung. Eine vom Senat für den Stadtteil Winterhude dreimal geforderte Vorschule wurde dreimal hintereinander abgelehnt. Jedesmal aber zeigte sich, daß der Widerstand der Mittelstandsfraktion, der Linken, immer schwächer wurde. Und als jetzt, kurz vor Einbringung der Unterrichtsvorlage, die Vorschulanhänger einen neuen Vorstoß wagten, fiel die Linke um, sodaß der Antrag, eine Realschule mit Vorschule zu errichten, Annahme fand mit 82 gegen 70 Stimmen. Der Vorgang ist von symptomatischer Bedeutung für die Stellung des mittleren Bürgertums zu Kulturfragen. Der bürgerliche Liberalismus hat im Bunde mit der Volksschullehrerschaft und der Arbeiterschaft in Hamburg bisher die Forderung der Einheitsschule hochgehalten, sowohl aus pädagogischen wie sozialen Gründen. Bis zum 9. Lebensjahr sollte die Pflicht zum Besuch der allgemeinen Volksschule bestehen, dann erst die Trennung in höhere und niedere Schulen eintreten, wobei die Befähigung des Schülers entscheidend sein sollte. Durch die Vorschulen aber wird den Kindern wohlhabender Eltern, die das hohe Schulgeld zahlen können, von vornherein ein Anrecht auf die höheren Schulen gesichert, während diese den Volksschülern so gut wie gänzlich versperrt sind. Ein Hamburger Oberlehrer hat das ganz offen als eigentlichen Zweck der Vorschulen bezeichnet durch den Ausspruch: Die höhere Bildung muß das Privileg der besitzenden Klassen bleiben. Natürlich war diese brutal-offenherzige Proklamierung der Klassenherrschaft den anderen Vorschulanhängern höchst unbequem. Sie versuchten es mit „wissenschaftlichen Gründen", die freilich auch darnach waren. Ein Realschuldirektor Dr. Bohnert z. B. verstieg sich zu der Behauptung, daß die Einheitsschule den Gesetzen der Biologie (!) widerspreche. Diese „geistreiche" Leistung wurde von den Vertretern der Besitzenden mit stürmischem Bravo belohnt und jede Erwiderung durch Schluß der Debatte unmöglich gemacht. Es ist nach dem Verlauf dieser Kämpfe um die Vorschulen kaum noch Aussicht vorhanden, dem Einheitsschulgedanken in Hamburg, wo der Boden dafür besser vorbereitet schien, als irgendwo sonst in Norddeutschland, zum Sieg zu verhelfen. Auch in Schulfragen bewirkt die zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze, daß dem Volke sein Recht erst mit der Erlangung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse werden kann.

Hamburg. Auf hoher See ums Leben gekommen. Der Fischdampfer „Gerda", Kapitän Lang, traf am Donnerstag abend an dem St. Pauli Fischmarkt ein. An Bord befand sich die Leiche des am 27. Januar auf See verunglückten Matrosen Heinrich Pickenpack aus Estebrügge. Die Leiche des Verunglückten wurde durch die Sanitätskolonne nach der Leichenhalle des Hafenkrankenhauses gebracht. P. war auf hoher See beauftragt, die Senglein einzuhieven. Hierbei verwickelte er sich in der Leine. Er schlug mit dem Kopf auf den Fischkasten, so daß der Schädel gespalten wurde. Dann geriet noch die Leine um seinen Hals, so daß er noch erdrosselt wurde.

Kiel. Bei der gestrigen Stadtverordnetennachwahl wurde Genosse Lauenstein mit 2857 Stimmen gewählt. Der bürgerliche Kandidat erhielt 785 Stimmen. Im Stadtverordnetenkollegium hat nunmehr die Sozialdemokratie wieder die Hälfte der Sitze inne.

Nortorf. Differenzen in der Wurstfabrik von Voß u. Elsner in Nortorf (Holstein). Den bei genannter Firma Beschäftigten wurde vom Inhaber ein einseitiger Arbeitsvertrag vorgelegt, der außer anderen Verschlechterungen namentlich eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit enthielt. Die Gesellen verweigerten ihre Unterschrift unter dieses Monstrum und beauftragten, da sie bis auf einen organisiert sind, ihre Organisationsleitung mit der Erreichung eines Tarifvertrages. Auf den Versuch des Gauleiters, die Differenzen friedlich beizulegen, lehnte der Inhaber schroff jede Verhandlung ab, trotzdem die Firma ihre Waren zum größten Teil an Konsumvereine absetzt. — Zuzug ist streng fernzuhalten.

Waren. Der Landrat als Beleidiger. Das Schöffengericht zu Waren verurteilte den Mecklenburgischen Landtagsabgeordneten Landrat v. Maltzahn auf Molzow wegen Beleidigung zu 50 Mk. Geldstrafe. v. Maltzahn sollte im Juni vorigen Jahres in einer gerichtlichen Angelegenheit von einem Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Waren vernommen werden. Er wehrte sich gegen diese Vernehmung, indem er sich dahin äußerte: „Von einem solchen Jungen lasse ich mich nicht vernehmen!" — Der Herr Landrat fand milde Richter!

Brüel. Tödlicher Unglücksfall. Beim Dungfahren auf Sülter Feldmark verunglückte der 17jähr. Knecht Wilhelm Drews an einer abschüssigen Stelle. Er wollte das Gespann halten, fiel dabei, und die Räder gingen über ihn, sodaß der so Verunglückte sofort tot war.

Schwerin. Der Professor mit dem Sabul. Der Professor der Zahnheilkunde Dr. Reinmöller, der auch Reserveleutnant ist, stand als Angeklagter vor dem Schweriner Kriegsgericht wegen Zweikampfes und wegen Forderung auf Pistolen. Was war geschehen? Man höre: Der Redakteur Krauß-Leipzig hatte die Nachricht, daß das Rostocker Korps „Visigothia" wegen verschiedener Ungehörigkeiten aus dem Kösener S. C. für immer ausgeschlossen worden ist, in die Presse gebracht. Gegen die vom ehemaligen Korps „Visigothia" veranlaßte Berichtigung ist vom damals präsidierenden Korps des Kösener S. C. eine Richtigstellung erschienen. Durch die von Krauß verfaßte Notiz fühlte sich Reinmöller, der Alter Herr des Korps „Visigothia" ist, beleidigt. Er sühnte aber diese Beleidigung nicht mit gesetzlichen Mitteln und führte auch nicht einen Kampf der geistigen Kräfte, sondern er suchte Sühne mit den ungesetzlichen Mitteln des Duells und führte den Kampf mit physischen Kräften, wie es in jener kleinen Fraktion der Bevölkerung so häufig vorkommt, die eine besondere Ehre, den point d'honneur, die „ritterliche Ehre", für sich in Anspruch nimmt, obwohl diese Ehre weder in Athen, Korinth, Rom, wo es zur Blütezeit der Griechen und Römer doch gewißlich ganze Helden gab, bekannt war, sondern vielmehr — wie Schopenhauer nachweist — aus der Zeit des Mittelalters stammt, wo die Fäuste geübter waren als die Köpfe. Zur Zeit der herrlichen Triumphe des Menschengeistes, wie es z. B. die erhabene Errungenschaft der Eroberung des Luftmeeres bedeutet, fordert Professor Dr. Reinmöller den Redakteur Krauß auf Säbel mit 60 Gängen! Das Duell wurde in Rostock ausgefochten, und nach dem 24. Gang wurde Krauß schwerverletzt abgeführt. Ferner hatte Professor Reinmöller dem Diplom-Ingenieur-Bieneck in Stuttgart durch den Marine-Assistenzarzt Dr. med. Scharlau eine Pistolenforderung zukommen lassen, weil Bieneck an die Gerichtsbehörde in Rostock einen Brief gesandt hat, in welchem Reinmöller einer unehrenhaften Handlung bezichtigt gewesen sein soll. Bieneck war vernünftig genug, die Schießerei abzulehnen. Die Bestrafung des Professors Dr. Reinmöller, der zwei Menschenleben gefährden wollte, ist sehr milde ausgefallen. Er hat nur drei Monate Festung bekommen und für die Pistolenforderung drei Tage Festung dazu. Der Ueberbringer der Pistolenforderung, Scharlau, erhielt einen ganzen Tag Festung. Von Rechts wegen!

Cuxhaven. Mordversuch einer irrsinnigen Mutter. Die Ehefrau des Arbeiters Reuter in Groden, die schon einige Male im Irrenhause gewesen, bisher aber nicht bösartig gewesen ist, schlich sich gestern morgen, nachdem ihr Mann das Haus verlassen hatte, in die Schlafkammer ihrer beiden 18 und neun Jahre alten Söhne. Mit einem großen Handbeil versetzte sie dem älteren Sohn mehrere Hiebe auf den Kopf. Er hatte aber, obgleich aus mehreren Wunden blutend, noch die Kraft, ihr das Beil zu entwinden. Sie griff darauf zu einer Axt und versetzte dem Sohn noch einen Hieb über den Arm, doch wurde ihr auch diese Waffe entwunden. Die Polizei sorgte für die Unterbringung des Verletzten im Staatskrankenhaus; die Frau wurde einer Irrenanstalt zugeführt.

Bremen. Der Raubanfall eines beurlaubten Musketiers vom Regiment Bremen, der am 27. Dezember in Lehe verübt wurde, hat am 29. Januar dort das Kriegsgericht beschäftigt. Der kaum 21 Jahre alte Musketier Himpel aus Lehe hatte an jenem Dezembertage nachmittags den Laden einer Bäckereifiliale aufgesucht, um dort einen Raub zu verüben. Da die Gelegenheit nicht günstig, war er abends um 8 Uhr wiedergekommen. Da es ihm nicht gelingen wollte, die Ladeninhaberin, eine 75 Jahre alte Frau Büsing, für einen Augenblick hinauszubekommen, hat er sie gepackt, zu Boden geworfen und gewürgt, bis der Schwiegersohn der Frau hinzukam und den Soldaten von der bereits besinnungslosen Frau fortriß. Der Täter entfloh dann, wurde aber am andern Tag in Bremerhaven verhaftet. Der Angeklagte, der schon als Knabe seiner schlechten Führung wegen in einer Erziehungsanstalt hat untergebracht werden müssen, war von Gericht geständig, daß er es auf einen Geldraub abgesehen gehabt habe. Er bestritt aber entschieden, daß er die alte Frau habe töten wollen. Der Anklagevertreter plädierte auf vorsätzlichen versuchten Mord in Verbindung mit Raubversuch und beantragte zehn Jahre Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht nahm nur Totschlagsversuch und Raubversuch an, erkannte aber doch auf zehn Jahre Zuchthaus und die beantragten Nebenstrafen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die spanische Fliege", die jetzt auf den verschiedensten Bühnen herumfurrt, hat gestern auch ihren Einzug in das hiesige Stadttheater gehalten. Und das Publikum, das sich an solchen leichten Schwänken so gern ergötzt, freute sich sehr darüber. Die Idee, welche der „Spanischen Fliege" zugrunde liegt und die von ihren Verfassern Arnold und Bach nicht ungeschickt verarbeitet worden ist, ist bereits am Donnerstag in der Vornotiz angedeutet. Jedenfalls ist das Stück lustig und reich an Situationskomik. Um die Wiedergabe machte sich besonders Herr Schweisguth, der auch die Regie führte, als gelber Senffabrikant verdient, der geradezu Heiterkeitsstürme entfesselte. Nächst ihm waren Frl. Hüppeden und Frau v. Seemen die Träger des Erfolges. Es scheint sicher zu sein, daß „Die spanische Fliege" auch in Lübeck keine Eintagsfliege sein wird, sondern eine recht längliche Lebensdauer erreicht. P. L.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr: „Der Biberpelz", Diebeskomödie von Gerh. Hauptmann. Abends 7 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg", Große Oper von Rich. Wagner. Montag, den 2. Februar, abends 8 Uhr: „Oberst Chabert", Oper von H. W. von Waltershausen. Dienstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr: „Die spanische Fliege", Schwank von Arnold u. Bach. Mittwoch, den 4. Februar, abends 8¼ Uhr: „Frau Warrens Gewerbe", Drama von Bernh. Shaw. Donnerstag, den 5. Februar, abends 7½ Uhr: „Herzog Wildfang", Große Oper von Siegfried Wagner. Freitag, den 6. Februar, abends 7½ Uhr: „Die Zauberflöte", Oper von Mozart. Sonnabend, den 7. Februar, abends 7½ Uhr: „Der fliegende Holländer", Große Oper von Richard Wagner. — In Vorbereitung: Schauspiel: „Belinde", Lustspiel-Zyklus, „Kampf". Operette: „Girofle-Girofla". Oper: „Tiefland", „Entführung aus dem Serail", „Tristan und Isolde", „Falstaff".

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 30. Januar.

1. Qualität	130—135 Mk.
2. Qualität	123—126 „
Fehlerhafte und ältere	105—120 „
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt	125—128 „
Russisch-Sibirische 2. Qualität, verzollt	120—124 „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Am Donnerstag morgen entschlief sanft nach längerem Leiden meine liebe Frau, meines Sohnes treusorgende Mutter, unsere gute Schwester und Schwägerin

Helene Zelk

geb. **Denker**

im 31. Lebensjahre, aufs tiefste betrauert von den Ihrigen.

August Zelk.

Bareneck, den 30. Januar 1914.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 2. Februar, nachmitt. 2½ Uhr, von der Stockelsdorfer Friedhofskapelle aus statt. (674

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sagen allen Beteiligten, den Genossinnen und Genossen des Sozialdem. Vereins für Stockelsdorf und Umgegend, dem Werkmeister und den Mitarbeitern des Tremser Eisenwerkes, sowie Freunden und Bekannten unsern herzlichen Dank. (679

H. Rönnfeldt nebst Kindern.

Tüchtige

Arbeiterinnen

gesucht.

Paul Lohrmann

661) **Hundestraße 95.**

Suche zu Ostern (595

ein Malerlehrling.

Schwartau, W. Ruesch,

Lübecker Str. 71. Malermeister.

Gesucht zu Ostern ein

Lehrling

für meine Büchsenmacherei, Messerschmiede u. Schleiferei.

Johs. Vittur,

584) **Holstenstr. 13—15.**

Möbliertes Vorderzimmer

zu vermieten. Woche 2.50 Mk.

685) Tünkenhagen 28, I.

Ruhige Leute suchen zum 1. April eine **Drei-Zimmer-Wohnung** am liebst. in der Stadt oder nahe dem Tore. Angebote mit Preis unter **H 12** an die Exped. d. Bl. (678

Eine eiserne **Kinderbettstelle** zu verkaufen. Daselbst eine abgeschlossene **Drei-Zimmer-Wohnung** zu vermieten. (693

Tünkenhagen 3.

Kleiderschr., Eckschr., Regulator, Stühle, Küchentisch, Waschtisch, Kronleuchter, Küchenschrank, mehrere **Romane,** eine sehr gutnähende **Trittnähmaschine** billig zu verkauf.

683) Stiftenstraße 19, I.

Jackenanzüge, Ballkleider, Kinderkleider, Kostüme, billig.

657) **Hundestraße 107.**

Flügel und ein Kachelofen

zu verkaufen.

672) Schwönekenquerstraße 16.

Schwarze und rebhuhnfarbige

Italienerhähne 679

zu verkaufen. Friedenstraße 69, I.

Ein Satz Ferkel

zu verkaufen. (682

Brandenbaumer Chaussee 5.

Herren- u. Damenmaskenkostüme zu vermieten (658) Fischstr. 28, II.

Eleg. Damen-Maskenkostüme

billig zu verm. Warendorpstr. 34, p.

Flotte Herren-Masken-Anz. bill. zu verm. (555) Westhoffstr. 37, part.

Maskenkostüme billig zu verm. Carmen, Pirette, Geisha u. Amor. Schwart. Allee 53, I, Ecke Geverdesstr.

Herren- u. Damen-Maskenanzüge billig zu verm. Gr. Burgstr. 23, p.

Eleg. Herr.-Mexikanerkostüme

sind noch billig zu vermieten.

G. Will, Wahmstraße.

Bin morgen mit Kostümen im Gewerkschaftshaus. (686

Unterricht im Musterzeichnen und Zuschneiden, Kursus 15 Mk., auf Wunsch Anfertigung eigener Garderobe.

Frau **Groth,**

676) Westhoffstraße 38, I.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am Sonntag, 1. Febr. v. 1 Uhr ab (667

Dr. med. Meyer, Marlistraße 49 b.

Dr. Kraeck, Kronsforder Allee 6 a.

Dr. med. Gosch, Fackenburg. Allee 1.

Schulränzel

ganz starke Sattelarbeit

von **4.50** M an 38

Sattlerei Engelsgrube 72.

In unserem Verlage ist erschienen:

Hinrich Paternostermaker

Ein dunkles Blatt aus der lübeckischen Geschichte des 14. Jahrhunderts.

Von Theodor Schwartz. Preis 60 Pfg., geb. 1 Mk.

Jedem Freunde der älteren Geschichte Lübecks sehr zu empfehlen.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Vorwärts Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Erweckt Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger

Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang

Das Land der Zukunft Reisebeschreibung von Leo Kolisch Mit einer Einleitung von Paul Göhre

Verschrobenes Volk von R. Gröhsch.

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang

Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kautsky

Mutter Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark

Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Enorm billig! Sofas ff. 48 M, Trumeau 35 M, Schlafzimmer-Einrichtungen 140 M, 195 M, 210 M, 375 M, Buffets 115 M, Lederstühle 8 u. 11 M, Schreibtische, Vertikows, Auszugtische 18 M, Salongarnitur statt 260 nur 165 M, Plüschgarnitur 85 M, Kücheneinrichtungen, 1 Divan mit Umbau 110 M.

37) **Lager: Wahmstraße 83.**

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige

172) Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlosserhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Unbecam.**

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (125

Holsten-Meierei

Fernruf 2336 Wickedestr. 44

empfiehlt **alle Meereiprodukte** in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Johannisstraße 46

Bebel-Büsten

Modelliert von

Bildhauer Obst, Charlottenburg.

Stück 2.50 Mk.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München ❍ ❍ Zeitschrift für Humor und Kunst ❍ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ❍

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Die besten

mit echten Platinstiften

in geeigneten Fällen

692) **Diadozix.**

Ganz. Gebiß, 28 Zähne 50 Mk.

Wenden Sie sich vertrauensvoll nach meinem Atelier!

300 Mk. Belohnung

demjenigen der mir nachweist daß ich höhere Preise als 1.80 Mk. pro Zahn mit Kautschukplatte fordere.

Umarbeitung nichtsitz. Gebisse.

Plombierungen.

Zähne ohne Gaumenplatte.

Zahnziehen mit örtlicher Betäubung 1 Mk.

1 Mk.

Zahn-Praxis

Ernst Haus

Lübeck

Mühlenstraße 1—3, I.

Sprechz. ½9—12 u. 2—8 Uhr.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

40) **Billigste Preise.**

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

---

35 **Willy Koch**

:: Zahntechniker ::

Lübeck, Holstenstrasse 21.

Goldene und silb. Uhren

36) **gut und billig.**

L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Aegidienstr. 35.

Koks Kohlen Briketts

50

liefert billigst frei Haus

Hans Lübeke

Kohlenhandlung.

Wickedestr. 33/5. Fernruf 2378.

Bei Liefer. ab Lager ermässigte Preise.

Bruchkäse Pfund 20 Pfg.

416) **Schlumacherstraße 12.**

Arbeiter-Turnverein „Frisch auf"

Moisling und Umgegend.

Zu unserem am **Sonntag, dem 1. Februar,** im Lokale des Herrn **Siemers, Moisling,** stattfindenden **Feste** laden wir ganz ergebenst ein. Karten im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 80 Pf., Damenkarte 20 Pf. (664

Die umliegenden Bundesvereine sind hierzu besonders eingeladen.

Kinder ohne Eltern haben keinen Zutritt.

Das Komitee.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 26. Sonnabend, den 31. Januar 1914. 21. Jahrg.

Industrie und Handelspolitik.

Die im Reichstag abgegebene Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß eine Revision des bestehenden Zolltarifs nicht in Aussicht genommen sei, hat den Widerspruch der Industrie hervorgerufen. Sowohl der Zentralverband Deutscher Industrieller als auch der Bund der Industriellen verlangen einen Ausbau des Zolltarifs. Die Interessen dieser beiden industriellen Organisationen sind stark gegensätzliche. Während im Zentralverband die Industrie der Rohstoffe dominiert, wird der Bund von der verarbeitenden Industrie beherrscht. Der Zentralverband erstrebt höhere Zölle auf Rohprodukte und damit deren Verteuerung. Die im Bund organisierte Industrie dagegen ist auf möglichst billige Rohstoffe angewiesen, wenn ihre Exportfähigkeit nicht einfach in Frage gestellt werden soll. Beide Verbände sind aber darin einig, daß der bestehende Zolltarif einseitig auf die Interessen der Landwirtschaft zugeschnitten ist und daß die Handelsverträge nur auf Kosten der Industrie abgeschlossen werden konnten. Der Zentralverband erklärt zunächst:

„Es ist mit Freude zu begrüßen, daß die Regierung hier offen für das bewährte System unserer Schutzzollpolitik eintritt, das für unser ganzes Wirtschaftsleben so außerordentlich segensreiche Folgen gehabt und seinen großen Aufschwung erst ermöglicht hat. Sehr bedenklich muß es aber stimmen, daß die Regierung Aenderungen weder an unserem gegenwärtigen allgemeinen Zolltarif noch an unserem Vertragstarif vornehmen will."

Es wird dann dargelegt, daß die Industriezölle von Anfang an nicht hoch genug gewesen sind, so daß der Abschluß günstiger Handelsverträge sich nicht ermöglichen ließ. Die Mängel sind im Laufe der Jahre immer fühlbarer geworden und haben eine Verschärfung noch dadurch erfahren, daß andere Staaten ihre Zolltarife wesentlich erhöht und schärfer spezialisiert haben. Ein Zolltarif — so wird noch ausgeführt — dessen Grundsatz der Schutz der nationalen Arbeit ist, bedarf auch infolge der Fortschritte der Technik neuer Erfindungen und Entdeckungen, der Aufnahme neuer Erwerbszweige im Inlande und Auslande und andere Umstände häufigerer Aenderungen in Einzelheiten. In Deutschland sind seit dem Jahre 1902 eine Menge neuer Industriezweige entstanden und haben sich alte in ihrer Entwicklung geändert. Da muß sich auch die deutsche Zollpolitik den neuen Anforderungen anpassen. Schließlich wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Erklärung Delbrücks lediglich aus taktischen Gründen abgegeben wurde.

Der Bund der Industriellen wünscht zunächst Handelsverträge mit Dänemark, Spanien, Kanada und Argentinien, mit welchen Ländern momentan ein vertragsloser Zustand besteht. Deutschland genießt und gewährt lediglich das Recht der Meistbegünstigung. Der Bund erklärt es dann für ausgeschlossen, daß die Interessen der verarbeitenden Industrie einfach durch Zusatzverträge gewahrt werden könnten. Zum Zwecke einer Revision der bestehenden Handelsverträge hat der Bund bereits umfassende Vorkehrungen getroffen. So sind Fachausschüsse gebildet worden für die Eisen- und Stahl- und Eisen verarbeitende Industrie, die sonstige Metallindustrie, für die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, für die Textil- und Bekleidungsindustrie, für die Papier- und Papier verarbeitende Industrie, für die Lederindustrie, Holzindustrie, sowie für die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel. Aufgabe dieser Fachausschüsse ist es, auf Grund eingehender Erhebungen über die Wirkung der bisherigen Handelsverträge für ihren Industriezweig Wünsche für den deutschen Zolltarif wie auch für die Positionen der verschiedenen Tarifverträge zu formulieren und zu begründen.

Diese Vorbereitungen, die hier auf allen Seiten getroffen werden, lassen die Erklärung des Staatssekretärs, daß keine Novelle zum Zolltarif geplant sei, in einem recht merkwürdigen Licht erscheinen; denn auch die Agrarier verlangen eine Revision des Zolltarifs. Daraus ergibt sich, daß neue Zolltarifkämpfe gar nicht vermieden werden können. Welchen Zweck kann dann aber die Erklärung des Staatssekretärs gehabt haben? Der Gedanke einer baldigen Reichstagsauflösung wird recht ernsthaft erörtert. Sollte der Staatssekretär mit seiner Erklärung den Zweck im Auge gehabt haben, den Wucherzöllnern die Möglichkeit zu bieten, in einem kommenden Wahlkampf bestreiten zu können, daß eine Erhöhung der Wucherzölle beabsichtigt ist?

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 30. Januar 1914.

202. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg.

Dr. Trendel (Z.) betr. die Auslegung einer Bestimmung des Wehrbeitragsgesetzes erwidert

Unterstaatssekretär Jahn: Das auf Grund des Wehrbeitragsgesetzes am 31. Dezember 1913 festgestellte Vermögen ist unverändert bei Feststellung der Vermögen im Jahre 1917 zugrunde zu legen. Es wird mit dem Ergebnis der am 31. Dezember 1916 ermittelten Vermögen verglichen werden.

Sittart (Z.): Die Verlegung des 99. Infanterie-Regiments aus Zabern nach den Baracken von Hagenau und insbesondere die Fortdauer der Verlegung wird, zumal sie in einen so harten Winter fällt, als eine schwere Bestrafung empfunden, und zwar nicht nur von den Beteiligten, sondern von dem Volke und in erster Linie von den Angehörigen derjenigen Offiziere und Mannschaften des Regiments, welche keinen Anlaß zu der Verlegung gegeben haben. Ich richte an den Reichskanzler die Anfrage, ob und wie lange die bitter empfundene Bestrafung des ganzen Regiments ausgedehnt werden soll, bezw. wann das Regiment wieder seiner früheren oder einer anderen Garnison überwiesen werden soll.

Generalmajor Wild v. Hohenborn: Es handelt sich bei der Verlegung der Garnison von Zabern durchaus nicht um eine Bestrafung derselben. Die Verlegung kann umsoweniger als Strafe empfunden werden, als eine große Anzahl von Truppen seit dem 1. Oktober 1912 auf Truppenübungsplätzen untergebracht werden mußte. Eine Beantwortung der Frage selbst kann nicht erfolgen. (Heiterkeit rechts; Unruhe und Hört, hört! im Zentr. und links.)

Hierauf wird die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

beim Titel „Staatssekretär" fortgesetzt.

Weinhausen (Vp.): Die Resolution der Konservativen in der Frage des Koalitionsrechts lehnen wir ab, wir hoffen, daß die Regierung in ihrer angekündigten Denkschrift auch die Auswüchse auf seiten der Arbeitgeber darstellt. (Sehr gut! links.) Die Streikbrecher werden von den Konservativen Arbeitswillige genannt, die Aerzte nennen die Streikbrecher in ihren Reihen „Nothelfer" und sind gegen diese genau so erbittert, wie die Arbeiter gegen ihre Streikbrecher. (Sehr richtig! links.) Sehr notwendig ist die Schaffung eines einheitlichen Arbeiter- und Angestelltenrechts, das auch der Deutsche Juristentag wiederholt gefordert hat. — In der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangen meine Freunde einen weiteren Ausbau zunächst im Staatsarbeitsrecht. Für die Heimarbeiter sollten endlich die Fachausschüsse ins Leben treten. Werden sie etwa deswegen hinausgezögert, damit das ganze Elend der Heimarbeiter nicht bekannt wird? — Es ist sehr bedauerlich, daß gerade die deutschen Vertreter auf der internationalen Arbeiterschutzkonferenz den Ausschlag gegeben haben, die Schutzgrenze für das jugendliche Alter auf das 16. statt auf das 18. Lebensjahr festzusetzen. — Eine Pause in der Sozialpolitik wünschen wir nicht. Die Sozialpolitik muß weiter ausgebaut werden zum Wohle unseres gesamten Volkes. (Bravo! b. d. Vpt.)

Dombeck (Pole) verlangt ein Reichseinigungsamt mit Verhandlungszwang; der letzte oberschlesische Bergarbeiterstreik habe die Notwendigkeit hierfür klar erwiesen. Der Redner kritisiert dann die Tätigkeit des Ostmarkenvereins in der Frage der Wanderarbeiter.

Warmut (Rpt.): Die Schwierigkeiten für den Mittelstand werden dadurch vermehrt, daß es an jungem Nachwuchs fehlt. Die jungen Leute gehen lieber in die Großbetriebe in der Hoffnung, eine möglichst gut bezahlte Stellung als Angestellter zu erringen. Aber die Behauptung, daß der Turm des Mittelstandes allmählich ganz abbröckelt, wird durch die Statistik widerlegt. — In der Frage der Heimarbeit und der Kinderarbeit stimme ich den Anregungen des Abg. Schmidt zu. — Dringend notwendig ist ein Depositengesetz.

Behrens (WVg.): Gegenüber der Behauptung, daß unser Wirtschaftsleben die Fortführung der Sozialpolitik nicht ertragen könne, muß man darauf hinweisen, daß die Sozialpolitik eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung ist, denn sie macht die Arbeiter leistungsfähiger als Produzenten und als Konsumenten und trägt weiter zu ihrer Gesundheit bei, was auch für die Wehrkraft der Nation bedeutungsvoll ist, da die Arbeiter mehr als zwei Drittel des Volkes ausmachen. Einige weitere Reformen in der Sozialpolitik, wie die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr sind spruchreif. Das Heimarbeitergesetz, das wir vor zwei Jahren angenommen haben, ist auffallenderweise noch immer nicht durchgeführt. Dem Antrage, auch die Auswüchse des Koalitionsrechts in Arbeitgeberkreisen festzustellen, stimme ich zu, damit die Regierung eine wirklich paritätische Denkschrift vorlegen kann. Die so wichtige Landarbeiterfrage sollte nicht zum Gegenstand politischen Parteistreites gemacht werden. Die innere Kolonisation, so wichtig sie ist, ist doch kein Allheilmittel gegen den Landarbeiterschutz. Die Ursachen der Landflucht liegen weniger auf materiellem als auf ideellem Gebiet. Es kommt da in Betracht die übliche Mißachtung der Landarbeit, das geringe Standesbewußtsein der Landarbeiter, das völlig veraltete und viel zu komplizierte Landarbeiterrecht. Auch öffentlich rechtlich sind die Landarbeiter nicht den anderen Bürgern gleichgestellt. Ferner sind die Lohnmethoden nicht immer genügend der Neuzeit angepaßt. In einigen Provinzen haben die Landarbeiter absolute Koalitionsfreiheit, in anderen stark beschränktes Koalitionsrecht. Gestreikt wird am wenigsten dort, wo die Koalitionsfreiheit am größten ist. Der Landflucht muß Einhalt getan werden, geschehen kann es nur durch eine großzügige Reform des Landarbeiterrechts. (Bravo! bei der Wirtsch. Vereinig.)

Dr. Becker-Bingen (b. k. F.) bringt Wünsche in bezug auf Aenderung der ärztlichen Prüfungsordnung vor und wünscht erhöhten Zollschutz für die Industrie der künstlichen Zähne. Der neue amerikanische Zolltarif stellt keineswegs einen Bruch mit dem Hochschutzzollsystem dar; das erkennt auch der Sozialdemokrat Schippel an. Zu einer Aenderung unserer Wirtschaftspolitik liegt deshalb gar kein Anlaß vor. Dafür, daß in der Sozialpolitik eine Ruhepause eintreten soll, daß an neue große Lasten durch eine Arbeitslosenversicherung nicht gedacht wird, dafür sind die Erwerbsstände im Lande dem Staatssekretär dankbar.

Die Honoratiorentochter.

Eine Erzählung von Edmund Hoefer.

(37. Fortsetzung.)

Traugott Osten saß allerdings bei dem Obersten, der ihn, wie schon ein paarmal, auch heute zur Teilnahme an seinem Abendessen eingeladen hatte. „Denn hier und da geh' ich wohl einmal in den Klub," hatte der alte Herr gemeint; für gewöhnlich aber find' ich's für Ehrenmänner und Familienväter schicklicher und auch behaglicher, daheim zu bleiben bei den Ihren. Malchen würde einen schönen Lärm machen, wenn ich sie alle Abende allein lassen wollte! Und nun wollen wir die Kästen zuschieben und hinaufgehen, Doktor. Das Kind spielt — hören Sie! Das ist ein Zeichen, daß sie uns erwartet." Und damit gingen sie wirklich hinauf und nahmen Platz an dem runden Tische in dem behaglichen und freundlichen Gemach, und der Arzt fühlte sich immer lebhafter durch das junge Mädchen angezogen, mit dem er schon seit seinem ersten Eintritt in das Haus bekannt geworden. Denn Amalie interessierte sich lebhafter, als man es gewöhnlich findet, für die Liebhabereien ihres Vaters und besaß auch Interesse für die Sache und Kenntnisse genug, um sich mit Lust und Vorteil an den Gesprächen der Männer über diese Dinge zu beteiligen.

Traugott fühlte sich je länger desto mehr durch den im Hause des alten Militärs herrschenden Ton, durch die Persönlichkeit dieser beiden Menschen, durch alle Zustände dort angezogen, und zwar umso ernstlicher, da er die jähe warme Teilnahme, welche er für die Gattin des Freundes anfänglich fast peinlich empfunden, nach und nach in eine nicht abzuwehrende Verstimmung verwandelt fühlte, die selbst nach den neuen Einblicken der letzten Tage nicht gewichen war. Er war jedoch nicht unzufrieden mit diesem Wechsel, denn, wie bemerkt, es hatte Stunden gegeben, wo der Zug zu Anna ihm peinlich geworden und er sich fast mit Gewalt empor zu reißen und abzulenken versucht hatte. Dem Freunde war er darum freilich nicht ferner, vielmehr noch näher getreten; das Schwere, was neuerdings über die beiden Menschen gekommen, was ihn gegen die Frau einnahm und seine Erregung plötzlich zur Ruhe brachte, ließ ihm Richard teurer als je werden. Er liebte ihn nicht mehr allein, sondern bemitleidete ihn jetzt auch und sorgte um ihn, und je häufiger er im Hause des Obersten war und je heimischer er sich in demselben fühlte, desto trostloser, gefährlicher und widerwärtiger erschienen ihm die Zustände bei seinen Gastfreunden. So hatte Annas Benehmen ihn zurückgestoßen, so wenig Hoffnung hegte er auf wirkliche Besserung. Und er verstand den Freund nicht, wenigstens schalt er ihn heimlich schwach, als er ihn so leicht nachgebend, so schnell versöhnt fand.

Andeutungsweise sprach er diese Empfindungen und Ansichten auch heute abend vor dem Obersten und Amalien aus, mit denen er seit jenen uns bekannten Mitteilungen des Alten mehrmals über Wehrmanns Familienverhältnisse und die schöne Frau geredet hatte. Bei der Teilnahme, die der Oberst für die Familie bewiesen hatte, — eine Teilnahme, die Traugott dann zu seiner vollsten Ueberraschung auch bei der Tochter entdeckte, — erschien es ihm geboten, gerade in betreff jener Wette und des damit Zusammenhängenden vor den neuen Freunden kein Geheimnis zu haben.

Der Oberst sagte auch heute abend wieder, was er auf die erste Nachricht von dem Stande der Dinge lebhaft ausgesprochen: „Ein braves Frauchen! Ein kluges Frauchen!" Und nun setzte er hinzu: „Habe nie gefürchtet, daß hinter all den Flausen und Wunderlichkeiten so etwas wie Grundsatzlosigkeit und Lockerheit stecke, aber solche Resolutheit habe ich ihr nicht zugetraut. Gott stärke sie bei ihrem Werke! Möchte die Frau näher kennen lernen, denn die hab' ich lieb gewonnen."

Amalie und Traugott schüttelten fast zugleich den Kopf, und der letztere meinte: „Ich weiß nicht, Herr Oberst, ob ich Ihnen recht geben darf. Ich bin wenigstens nicht sicher, ob sie die Kraft besitzt, die Sache gut durchzuführen. Es ist eine reizbare und jetzt auch gereizte Natur, und all die Heftigkeit, welche sie bisher gegen die Ihren bewies, hat sich jetzt jäh für sie erhoben. Ich gestehe offen, an meines Freundes Stelle würde ich durch solchen Wechsel zu keinem Vertrauen vermocht worden sein, am wenigsten zu einem so schnellen und schrankenlosen."

Und Amalie setzte, wiederholt den hübschen Kopf schüttelnd, hinzu: „Ich stimme doch dem Herrn Doktor bei, Papa, und überdies finde ich in dieser Weise auch etwas fast Unweibliches. Die Ordnung dieser widerwärtigen Sache können, dünkt mich, nur Männerhände übernehmen. Wie kann sie den Menschen noch wiedersehen, noch mit ihm reden!"

Der Oberst strich den Bart zurück und schüttelte nun auch seinerseits den Kopf. „Sind das Menschenkinder!" sprach er lebhaft. „Sie, lieber Doktor, sind für den Freund und gegen die Frau eingenommen — das mag begreiflich sein, aber gerecht ist's nicht. Ich habe Ihnen schon neulich gesagt, daß ich Freund Wehrmann keineswegs die kleinste Schuld zuschiebe. Er hat die Frau in ihren Vorzügen und Schwächen zu leicht genommen, sie viel zu viel sich selbst überlassen, und mag Gott danken, daß sie jetzt auf eigenen Füßen stehen will und kann. 's häte auch verflucht anders werden können. Du, Fräulein Tochter, belügst dich selbst. Ich hoffe wenigstens, du würdest in einer — der Herrgott bewahre dich davor! — ähnlichen Lage den Kuckuck an „Unweiblichkeit" denken, vielmehr courageiert tun, was deine Schuldigkeit.

„Ueberhaupt verstehe ich nicht recht," fuhr er ernster fort, „wie ihr beide die Sache so wenig richtig ansehen könnt. Nach meiner Meinung liegt es doch auf der Hand, daß das Frauchen den einzig richtigen Weg erwählt hat, nicht nur sich und die Ihren zu rächen, sondern auch ihr häusliches und eheliches Glück zu erhalten. Was wollt ihr? Sie hat nicht nur das Recht, sondern auch vermutlich — denn das hat jede Frau, wenn's eine richtige ist — das Zeug dazu, dem jungen Schlecker die rechten Wege zu zeigen und ihm Dinge zu sagen, die er im Leben nicht vergißt, die ihn Himmel und Hölle in Bewegung setzen lassen, daß die Sache vertuscht wird und niemand zu Ohren kommt. Er wäre für sein ganzes Leben blamiert, und es würde sich nicht eine Stimme für ihn erheben. Nähme dagegen der Mann die Sache in die Hand, so würde sie unweigerlich publik, es bliebe damit eben so unweigerlich für manche wenigstens ein Makel auf der unschuldigen Frau haften, und endlich — das öffentliche Urteil würde sicher und gewiß kein einstimmiges sein. So denke ich alter Praktikus, Kinder. Und — auch ich möchte eine Wette eingehen, die höchste, die ihr wollt, — die Frau zieht sich mit Ehren aus dem Handel. Siegefällt mir, bei Gott! Und wenn du etwas auf meinen Wunsch gibst, Malchen, so suchst du mit ihr in Verkehr zu kommen. Ich meine, das könnte euch beiden heilsam und angenehm sein. Sie ist eine gebildete Frau, weiß ich, die auch etwas Anderes versteht, als Gesellschafts-Konversation zu machen, und dir schon gefallen würde. Und sie würde sich bei uns in eine vernünftigere Weise hineingewöhnen müssen, und endlich würde unser Umgang klarer als Worte zeigen, für was wir sie halten. Denn wir sind auch exklusiv, mein lieber Doktor," setzte er mit einem ruhigen Selbstgefühl hinzu.

Die Unterhaltung wurde durch den eintretenden Diener unterbrochen, der an Traugott neben Lingelsheims Karte die Meldung brachte, der Herr warte drunten und habe den Arzt dringend zu sprechen gewünscht. Er habe eine unaufschiebbare Mitteilung zu machen.

„Es wird diese unglückliche Sache betreffen", meinte Traugott, indem er aufstand und nach dem Hut griff. „Da darf ich allerdings nicht zögern."

Herr von Berg schüttelte ihm zum Abschied die Hand. „Ich kann Sie nicht einladen, hier mit dem Herrn zu reden", sagte er. „Sie wissen schon, wie ich über ihn denke. Da haben Sie den Beweis unserer Exklusivität gleich zur Hand. Und

Molkenbuhr (SD.): Die Schutzzöllner sagen dem Schutzzoll alles erdenkbar Gute nach, die ganze Sozialgesetzgebung soll ohne ihn unmöglich sein. Dabei hat Groß-Britannien, das keinen Schutzzoll hat, sogar eine Arbeitslosenversicherung, und seine Industrie wird daran nicht zugrunde gehen. Freilich haben auch englische Fabrikanten bei Einführung von Schutzbestimmungen für die Arbeiter beständig geschrien, sie könnten das nicht ertragen und müßten zugrunde gehen. Dickens hat weidlich darüber gespottet. Auch in Deutschland ist die Industrie nicht durch die Lasten der Sozialpolitik gefährdet. Sind denn alle Prophezeiungen in Erfüllung gegangen, die die Hochschutzzöllner uns gemacht haben? Zunächst behauptete man ja, wir könnten viel bessere Handelsverträge abschließen, wenn wir mehr Positionen im Tarif hätten; dann sollte uns der neue Zolltarif vor Krisen bewahren. Aber gerade nachdem der rettende Tarif 1½ Jahre in Kraft war, kam die schwere Krise von 1906/07. Und jetzt, nach fünf Jahren, leben wir wieder in einer Krise. Sie ist nicht etwa schwächer als in Freihandelsländern. Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit ist bei uns größer als in England. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist die große wirtschaftliche Blüte, die uns der Zolltarif gebracht hat! Auch der Rückgang der Viehproduktion 1907—12 steht im Gegensatz zu den Prophezeiungen der Schutzzöllner, z. B. des Grafen Posadowsky. Gewiß wird die Viehhaltung wieder steigen, die Hungersnotpreise reizen ja zur Viehproduktion an. Im Zoll aber liegt eine Hemmung; denn, wenn die Produktion den Bedarf deckt, fällt ja die Wirkung des Zolles auf den Preis fort. Vor Epidemien haben uns Zoll- und Grenzsperren nicht bewahrt; aber der Grundwert ist dadurch um etwa ein Dutzend Milliarden gestiegen. Das ist jedoch keine Vermehrung des Nationalvermögens, sondern stellt einen Verlust der Volksmassen dar; denn dieser Wert ist ja nur der kapitalisierte Betrag der Ausbeutungsrate, die durch den Schutzzoll möglich ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein Herabdrücken des Lohnes der Bergarbeiter würde z. B. die Dividende und damit den Wert des Bergwerks steigern. Man hat gesagt, die Trusts wie in Amerika könnten bei uns nicht aufkommen; gegen Tabak- und Petroleumtrust ziehe die Regierung vom Leder. Aber wie ist es mit dem Steinkohlen-, Roheisen- und Stahlwerksverband? Die Regierung denkt nicht daran, dagegen vorzugehen. Merkwürdig ist, daß im Freihandelsland England die Einfuhr mehr zugenommen hat als im Schutzzolland Deutschland, und die Ausfuhr um ebensoviel. Ist also der wirtschaftliche Aufschwung die Folge unserer Wirtschaftspolitik, wie kann dann England genau den gleichen Aufschwung haben?! Es müssen also andere Ursachen für den wirtschaftlichen Aufschwung maßgebend sein, und das ist in erster Linie die Intelligenz der Arbeiterschaft. Was wir vor England voraus haben, ist die schneller wachsende Bevölkerungs- und Arbeiterzahl. Sind denn die geschützten Industrien am meisten aufgeblüht? Die geschützte Weißblechindustrie kann nur die Hälfte des Bedarfs Deutschlands decken, die nichtgeschützte Seeschiffindustrie dagegen ist mächtig aufgeblüht, unsere stolzesten Schiffe sind in Deutschland selbst gebaut und von einer nicht geschützten Industrie. Trotz der die ganze Welt verseuchenden Schutzzollepidemie hat Groß-Britannien eifersüchtig darauf gehalten, seine Industrie ungeschützt auf der gleichen Höhe zu halten. Nein, für den industriellen Aufschwung sind ganz andere Ursachen maßgebend. Wir haben sehr viel Naturschätze und eine zahlreiche intelligente Arbeiterschaft. Frankreich hat höhere Schutzzölle, mehr Naturschätze, hohe Intelligenz, aber keine so zahlreiche Arbeiterschaft. Daran mag es liegen, daß in Frankreich der industrielle Aufschwung nicht so groß ist wie bei uns. (Sehr gut! bei den Soz.) Interessant ist auch, daß gerade die größten Schutzzöllner die infernalischsten Gegner der Arbeiter sind. Einer Erhöhung der Schutzzölle sind immer Maßnahmen gegen die Arbeiter vorangegangen. Ich erinnere an das Zuchthausgesetz vor dem letzten Zolltarif und die neuesten Bestrebungen auf Einschränkung des Koalitionsrechts. Die Schutzzöllner wollen mit solchen Gesetzen die Lohnkämpfe der Arbeiter lahmlegen und sie zu Leibeigenen machen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Arbeiter sich eine bessere Lebenshaltung erkämpfen wollen, heißt es immer, die Industrie kann es nicht tragen; aber mit der Besserstellung des Arbeiters wächst auch seine Leistungsfähigkeit, oder, wie ein englischer Fabrikant mit Recht sagte, seine Leistungsfähigkeit wächst mit der Größe seines Beefsteaks. (Sehr gut! bei den Soz.) 1911 betrugen die Lasten unserer Arbeiterversicherung 442 Millionen Mark. Sie nennen das sehr viel, bei militärischen Rüstungen nennen Sie es sehr wenig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Lohnhöhe betrug 16 Milliarden Mark, die Last der sozialen Versicherung also noch nicht 3 Prozent davon, auf den einzelnen Arbeiter kommen 3 Pfg. und das will die Industrie nicht tragen können! Von der Arbeitslosenversicherung will der Staatssekretär nichts wissen. Aber es gibt kein Halten in der Sozialpolitik. Die Arbeiterschaft wird immer selbstbewußter und auch die Christlichen, die gegen die Sozialdemokratie gegründet worden sind, drängen darauf, daß den Arbeitern bei dem wirtschaftlichen Aufschwung mehr Rechte gegeben werden. Es wäre sehr interessant, einmal festzustellen, wieviel an brauchbarem Menschenmaterial und Arbeitskraft durch die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zerstört ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Dann wird man sehen, daß die gegenwärtige Gesellschaft doch recht unsinnig handelt, daß sie solche Massen wertvoller Volkskräfte zugrunde gehen läßt. Die Regierung mag wollen oder nicht, durch die Verhältnisse wird sie doch dazu gedrängt werden, etwas gegen die allerschlimmsten Schäden der Arbeitslosigkeit zu tun. Der Zolltarif besteht jetzt 10 Jahre. Wir haben unsere Stellung ihm gegenüber nicht verändert, die uns zur Dreimillionen-Partei gemacht hat. Wir unterstützen die Handelsvertragspolitik, weil dadurch der Weltverkehr gefördert wird. Unsere Auffassung ist, daß die ganze Welt ein Wirtschaftsgebiet ist. Je höher die Kultur in einem Lande ist, desto mannigfaltiger sind die Bedürfnisse und desto mehr ist jeder Mann auf die Produkte anderer Länder angewiesen. Die gesundeste Wirtschaftspolitik ist die, durch welche die Konkurrenzfähigkeit am besten gesteigert wird. Aber durch die Verteuerung der ganzen Lebenshaltung der Massen leidet unsere Konkurrenzfähigkeit, weil die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sinkt, die es gerade gilt, zu steigern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diejenigen, die behaupten, daß nur der Schutzzoll und ähnliche Maßnahmen unsere Volkswirtschaft aufrecht erhalten können, lästern das deutsche Volk, indem sie sagen: Du bist so unfähig, daß du nur durch Gewaltmittel auf den Füßen erhalten werden kannst. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Emminger (Z.): Wir behaupten nicht, daß der Schutzzoll das einzige Mittel ist, die Industrie zu heben. Die Intelligenz der Arbeiter und Ingenieure wirkt mit. Die Krise von 1907 war in England schärfer als bei uns. Der Redner tritt des weiteren für einen Zoll auf Milch und Käse ein, im Interesse der Produzenten im Allgäu. Bei den sinkenden Milchpreisen müßten die oberbayerischen Bauern ohne Zollschutz zugrunde gehen. Als Konsequenz des Butterzolls ist ferner ein Rahmzoll notwendig. Auch die bayerischen Hopfenbauern bedürfen eines stärkeren Zollschutzes.

Reichsbankpräsident Havenstein wendet sich gegen die Forderung des Abg. Warmuth, die Banken einem Aufsichtsamt zu unterstellen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr. (Fortsetzung der Debatte.)

Schluß 7½ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Aussperrung unter Tarifbruch. Im Tapeziergewerbe zu Magdeburg ist zwischen Unternehmern und Arbeitern vor drei Jahren ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der noch bis zum 15. März d. J. läuft. Da die Gehilfen auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedacht waren, kündigten sie rechtzeitig kurz vor Beginn des neuen Jahres den Tarifvertrag. Das hat nun die Unternehmer in hellste Entrüstung versetzt. Sie gingen hin und beschlossen, alle organisierten Gehilfen am 27. Januar auszusperren. Damit jeder Unternehmer genau unterrichtet sei, was er zu tun habe, erhielt er eine mit dem Stempel der Tapezierer-Zwangsinnung zu Magdeburg versehene Zuschrift folgenden Inhalts:

„Laut Innungs-Arbeitgeberverbandsbeschluß vom 22. Januar **sind Sie verpflichtet, Ihre dem Verbande angehörenden Gehilfen am 27. Januar zu entlassen.** Die Vorstände."

Eine Reihe von Firmen hat diesen tarifbrüchigen Beschluß auch zur Ausführung gebracht. In einzelnen Fällen wurde Arbeitsmangel vorgeschützt, von dem aber keine Rede mehr war, sobald die Gehilfen bereit gewesen wären, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Die Unternehmer sind nun auf der Suche nach Arbeitswilligen und wollen bereits in Berlin 60 Mann angeworben haben. Dem offenkundigen Tarifbruch gingen allerlei Versuche voran, die Gehilfen zum Vertragsbruch zu veranlassen. Natürlich schlugen diese Versuche fehl. Wären sie gelungen, was hätte das wohl wieder in der Arbeitgeberpresse für ein Halloh über die Vertragsunfähigkeit der Arbeiter gegeben! Und jetzt?

Ein syndikalistischer Verleumder. Vor dem Düsseldorfer Schöffengericht klagte der Bezirksleiter Kahl-Dortmund vom Deutschen Bauarbeiterverband gegen den Führer der Syndikalisten Windhoff wegen Beleidigung. Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 22. Oktober v. J. fanden Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages für das Plattengewerbe statt. Anwesend waren neben einer größeren Anzahl Unternehmer aus Rheinland und Westfalen Vertreter der deutschen und des christlichen Bauarbeiterverbandes. Auch drei Vertreter der Richtung des Herrn Windhoff waren zugelassen, darunter ein Herr Feine, früher Mitglied des Maurerverbandes, der vor einigen Jahren zirka 8000 Mark Organisationsgelder widerrechtlich für sich verausgabt hat. Gegen die Teilnahme dieses Herrn an den Verhandlungen protestierte der Bezirksleiter Kahl, indem er erklärte, daß er und auch die übrigen Vertreter des Bauarbeiterverbandes mit einem Herrn, der so wie Feine die Organisation geschädigt habe, nicht zusammen verhandeln könnten. Darauf erhob Windhoff gegen Kahl den Vorwurf, daß dieser beim letzten Fliesenlegerstreik in Essen den Unternehmern Streikbrecher vermittelt habe. Kahl bezeichnete diese Behauptung als eine Lüge und erhob gegen W. die Beleidigungsklage, um die Unwahrheit dieses Vorwurfes nachweisen zu können. Einem Vergleichsvorschlag des Gerichtsvorsitzenden war Kahl nicht abgeneigt, er erklärte, daß ihm an der Bestrafung des Beklagten nichts liege, er würde sich mit einer entsprechenden Erklärung des Beklagten begnügen. Windhoff aber lehnte den Vergleichsvorschlag ab, er wollte den Beweis für seine Behauptung erbringen. Er bemühte sich dann, seine Anwürfe in milderem Lichte erscheinen zu lassen und aus Vorkommnissen beim Fliesenlegerstreik 1908 in Essen Beweise für seine Behauptungen zu erbringen. Zwei aus Essen geladene Zeugen, die bei den letzten Verhandlungen zugegen waren, und auch 1908 den Streik mitgemacht haben, erklärten nach eingehender Vernehmung, daß von Streikbrechervermittlung durch Kahl niemals die Rede sein könne. Nach längeren Ausführungen des juristischen Vertreters des Privatklägers, der die Beleidigung als eine für einen Gewerkschaftsangestellten sehr schwere bezeichnete, hielt Windhoff eine lange Verteidigungsrede, in der er sich als die von den Zentralverbänden verfolgte Unschuld hinzustellen beliebte, und bat unter Zubilligung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) um seine Freisprechung. Das Gericht verurteilte Windhoff zu 25 Mk. Geldstrafe und Kahl, gegen den W. Widerklage erhoben hatte, wurde wegen des Wortes „Lüge" zu 3 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Krise und Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie Südwestdeutschland. Die Metallindustriellen Württembergs hatten im Dezember vorigen Jahres entschiedenen Widerspruch gegen die gegenwärtige sozialdemokratische Agitation zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung erhoben. Die Metallindustriellen Badens, der Pfalz und der angrenzenden Industriebezirke blieben nicht zurück, sie sandten an das badische Ministerium des Innern eine Eingabe, die sich gegen eine reichs- oder landesgesetzliche Einführung einer Arbeitslosenversicherung ausspricht. Die Beweggründe für eine solche antisoziale Stellungnahme der Unternehmer können doch nur die sein, daß sie mit Hilfe einer großen, schwer notleidenden Reservearmee die Löhne und Akkordpreise zu drücken hoffen; schlechte Konjunktur, Arbeitslosigkeit und Not unter den Arbeitern können sie doch nicht leugnen. Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes hat nunmehr Feststellungen über den Beschäftigungsgrad in der Metallindustrie für Württemberg, Baden, die Pfalz und Elsaß gemacht. Wenn auch die Erhebung auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen kann, so ist immerhin die Zahl der von ihr erfaßten Betriebe und die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter so groß, daß eine restlose Erfassung aller Betriebe und Arbeiter das Bild im Sinne der Statistik erweitern würde. In 3105 von dieser Statistik erfaßten Betrieben mit einer Arbeiterzahl von 152 666 wurden im November 1913 4145 Arbeiter weniger beschäftigt als im gleichen Monat des Vorjahres. Nur eine geringfügige Zahl von Betrieben beschäftigt zurzeit mehr Arbeiter, in der Hauptsache Waffen- und Munitionsfabriken und Waggonfabriken. Im Gegensatz zu früheren Krisen weist die jetzige eine ungeheure Ungleichmäßigkeit des Beschäftigungsgrades auf. Dieselben Betriebe oder Betriebsgruppen, die Arbeiter entlassen haben, arbeiten in einzelnen Abteilungen mit Ueberstunden oder haben in anderen Abteilungen Neueinstellungen vorgenommen. Ebenso soll zugegeben werden, daß glücklicherweise in der Metallindustrie der Tiefstand des Beschäftigungsgrades vom Jahre 1908 bei weitem nicht erreicht ist. Hand in Hand mit der Verminderung der Arbeiterzahl geht aber eine ziemlich starke Einschränkung der Erzeugung. 19 283 Arbeiter arbeiteten zusammen 197 550 Stunden die Woche weniger als bei normalen Zeiten, das ist auf den einzelnen durchschnittlich umge-

---

wenn der Bursche der reichste und vornehmste Mann der Welt wäre — die Tür des alten Berg bleibt ihm, wie sein Ruf einmal ist, verschlossen."

Drunten auf dem Flur trat Lingelsheim dem langsam herabkommenden Arzte entgegen und zog ihn nach einem hastigen „Grüß Gott!" mit sich auf die Straße hinaus.

„Die dumme Geschichte mit der kleinen Advokatin geht mir im Kopf herum", sagte er im Hingehen ungewöhnlich eilig. „Ich wollte schon am Sonnabend-Morgen mit dir reden und dich bitten, zu verhüten, daß Wehrmann Lärm macht. 's ist auf Ehre, wie ich dir sagte, — ein schlechter Witz, an den kein Mensch mehr denkt. 's wäre mir fatal, wenn auch mein Name dabei genannt würde, — habe da allerlei vor — —bei dem mir solche Erwähnung unbehaglich wäre. Ich habe dich neulich verfehlt, und die kleine Frau war nicht zu sprechen, — hat man's dir ausgerichtet?"

Traugott begnügte sich mit einem kühlen: „Ja — ich erinnere mich."

Der Andere nahm keine Notiz davon, sondern sprach mit derselben ungewohnten Hast weiter, die deutlich genug zeigte, daß ihm noch unbehaglicher war, als er zugestehen mochte. „Nachmittags mußte ich wieder hinaus und hatte auch gestern und heute bis mittag Abhaltung. Denn bin ich aber gleich wieder herein geritten, — du siehst, es liegt mir am Herzen, daß es zu einem Eklat kommt. Ich suchte dich wieder bei Wehrmanns, dann im Klub, wollte sogar, als man mir sagte, du seien nicht da, mit Richard selber reden —"

„Was du hoffentlich unterlassen hast, edler Freiherr!" unterbrach Traugott ihn kalt. „Es wäre mindestens eine grenzenlose Torheit gewesen, den Mann, der bisher wenigstens noch still, selber zum Reden und also auch zum Handeln zu bringen. Du machst dir doch wohl keine Illusionen, Schinken-Julius, daß deine Rolle bei der Sache eine glorreiche gewesen?"

„Ah bah! Es ist ja nur ein schlechter Witz. Offen! — Ich habe ihn übrigens nicht gesprochen, da er sich entschuldigen und mir sagen ließ, du wärest beim Oberjen Berg. Na, dahin konnte ich nicht, also ging ich wieder einmal zu den Offizieren, und wir plauderten und kneipten erträglich fidel, bis vor einer halben Stunde Vogelsberg kam — nicht gerade in bester Laune — und Freiheit und Hamilton, jeder in seiner Weise, ihn richtig nach dem Stande der bewußten Angelegenheit fragten. Aber, Kreuz Blitz, wie begehrte er auf! Er sagte, er habe nicht Lust, noch länger an diese Dummheit erinnert und gar dadurch zum Stadtgespräch zu werden oder in schlechten Ruf zu kommen. Und das Ende vom Liede waren ein ganz Zuckungen und der Trumpf, daß er jedem zu Diensten stehe, der die Sache jetzt auch nur noch als Scherz erwähne. — Du siehst also, wie er selber darüber denkt. Kann ihm etwas zu Ohren gekommen sein?"

„Von Richard und mir nicht", versetzte Traugott wieder kalt. „Doch ich danke dir, Julius! Das scheint der Sache allerdings ein Ende machen zu können."

„So dachte ich auch und stahl mich darum fort, suchte dich sogar in jenem langweiligen Hause auf. Nun muß ich aber wieder fort. Grüße Richard und halte ihn im Zaum."

„Wollen sehen. Gute Nacht!" lautete Traugotts Antwort, und während der Andere mit wiegendem Schritte die Straße entlang schob, trat er in das Klub-Lokal, wo er Richard aufzusuchen versprochen und ihn auch noch bei seiner Partie fand.

Er sagte dem Freunde auf dem Heimwege von den Mitteilungen Lingelsheims. Durch Richards Gesicht zuckte ein fast frohes Lächeln, und er sagte: „Nun also, Anna hat gesiegt. Kanns mir übrigens denken, daß es der Herr nicht mehr spaßhaft findet; denn sie war, da ich ging, schon so in einer gewissen königlichen Laune, und ich weiß, wenn die einmal zu Platz kommt, hat jedermann ihr gegenüber verspielt, zumal wenn man im Unrecht ist."

„Mir ist die Ordnung wenigstens dieser Sache mehr als lieb", bemerkte der Arzt nach einer Weile. „So kann ich doch übermorgen, in dieser Beziehung beruhigt, abreisen."

„Was redest du?" fragte Richard überrascht.

„Die Wahrheit, Freund. Es muß endlich sein. Wir reden morgen mehr davon." —

In der Nacht wurde Traugott aus dem ersten Schlafe durch Richard geweckt, welcher mit dem Lichte vor seinem Bette stand. „Steh' auf und zieh' dich an", sprach er. „Anna ist, wie es scheint, ernstlich krank. Sie fiebert stark und ist ohne Bewußtsein."

„Hast du schon nach deinem Arzte geschickt?" fragte der Gast, aus dem Bette springend und die Kleider hastig anziehend.

„Zu meinem Arzte, Schatz? Wir haben in den Jahren seither gottlob noch keinen gebraucht; jetzt rufe ich daher dich. Du siehst wohl", setzte er mit einem leisen Versuch, zu scherzen, hinzu, „aus deiner Abreise wird so schnell doch noch nichts werden können."

XII.

Durch schwere Stunden.

Danach sah es, vorausgesetzt, daß Traugott der Aufforderung des Freundes entsprechen wollte und konnte, allerdings auch nicht aus, denn er fand, als er nun mit Richard ins Schlafzimmer hinübergegangen war, die Frau in einem Zustande, der ihn während und nach der sorgfältigen Beobachtung die Stirne faltete und mehr als ein ernstes Kopfschütteln abnötigte. Als er hinausging, um an Annas kleinem Schreibtisch einen Briefbogen aus der gestickten Mappe zu nehmen und eine Verordnung aufzuschreiben, waren seine Lippen fest aneinander geschlossen, und da er sich wieder erhob und dem zur Apotheke geschickten Mädchen die möglichste Eile einschärfte, war er noch immer von so finsterer Kürze, daß Richard kaum leise zu fragen wagte: „Nun, wie stehts?"

„Das weiß ich selber noch nicht," versetzte er kurz.

„Du kannst mir doch sagen, ob der Zustand bedenklich ist?"

„Gleichgültig oder gefahrlos ist ein so plötzlicher und stürmischer Anfall niemals. Wir müssen vor allen Dingen hoffen, daß er, je schneller und stürmischer er gekommen, auch desto schneller verlaufen oder vorübergehen werde. Es ist aber noch alles Mögliche — möglich. Nur das eine kann ich dir schon jetzt sagen: und währte die eigentliche Krankheit auch nur einige Tage, was bei ihrer guten Natur immerhin denkbar ist, — die Nachwirkungen dieses Stoßes wird sie noch wochenlang zu fühlen haben."

„Aber was ist denn?" fragte Richard nach einer Pause mit zusammengezogenen Brauen.

„Lassen wir's noch ohne Namen," erwiderte Traugott ernst-freundlich, denn er war verständig genug, zu begreifen — was leider manchen Aerzten in solchem Falle nicht nachzusagen ist — daß der Gatte wie jeder andere nahestehende Verwandte am Ende nicht allein den natürlichen Trieb, sondern auch die Pflicht und vor allen Dingen das Recht hat, den Zustand des teuren Kranken so genau wie möglich kennen zu lernen, und daß es des Arztes unabweisliche Schuldigkeit, einem solchen alle irgend mögliche Aufklärung zu geben. „Ist es nur eine Folge der geistigen und körperlichen Unruhe dieser letzten Tage, oder verbindet sich damit ein schon vorhandener, bisher noch schlummernder und jetzt erweckter wirklicher Krankheitsstoff, das muß sich erst nach und nach — ich glaube aber, bald — zeigen. Bis dahin denke, daß deine Frau tüchtig krank ist, daß im guten Fall Wochen, im schlimmen Monate vergehen können, bis sie die Folgen überwunden. Darauf richte dich geistig ein. Komm, ich will sie noch einmal ansehen."

„Soll ich den Vater wecken?" fragte der Advokat.

„Wozu? Laß ihn schlafen; er erfährt's morgen früh zeitig genug; denn was kann er nützen? Ruhe, Freund, und Stille, obschon sie schwerlich von dem etwas spürt, was um sie her geht. Und wenn nicht bald eine Besserung eintritt, kannst du die Mutter zur Pflege kommen lassen, vorausgesetzt, daß sie eine ruhige und kaltblütige Frau ist, die nicht unnötig lamentiert und Lärm macht." —

(Fortsetzung folgt.)

legt eine wöchentliche Feierschicht von etwas über 10 Stunden und eine Lohneinbuße von durchschnittlich 5,25 Mark die Woche. Rechnen wir dazu noch die 4145 Arbeiter, die überhaupt weniger beschäftigt sind, und setzen wir deren Durchschnittsverdienst bei 56stündiger Arbeitszeit mit nur 27 Mark die Woche an, so ergibt sich ein Ausfall von 107 170 Mark plus 111 915 Mark, zusammen von 219 085 Mark wöchentlich. Dieser Mindereinnahme der Gesamtarbeiterschaft steht nur eine geringe Mehreinnahme für wöchentlich 40 425 Ueberstunden gegenüber, die, die Stunde mit 50 Pfg. angesetzt, die Summe von 20 212,50 Mk. ergeben. Es ist also im ganzen damit zu rechnen, daß wöchentlich in einem verhältnismäßig kleinen Gebiet des deutschen Reiches die Arbeiterschaft einer einzigen Industrie eine Lohneinbuße von rund mindestens 200 000 Mark erlitt. Wie sehr eine solche Krise aber auch die Gewerkschaften belastet, geht aus der Unterstützungssumme hervor, die eine Gewerkschaft in solcher Zeit zahlen muß. Insgesamt wurden in diesem Bezirk des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1913 für Reise-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung 837 902 Mark ausgegeben oder pro Kopf 13,38 Mark, während im Jahre 1912 506 380 Mark, oder pro Kopf 8,94 Mark, verausgabt wurden; das ist eine Steigerung der Unterstützungen um 60 %. Im Gesamtverband wurden in den ersten drei Quartalen des Jahres 1913 für die genannten Unterstützungszweige 5 731 578 Mark ausgegeben gegenüber 4 120 781 Mark im Jahre 1912; das ist eine Steigerung — in nur drei Quartalen! — um rund 40 %. Das Ergebnis der Umfrage über die Krise in der Metallindustrie in Württemberg, Baden, der Pfalz und im Elsaß beweist aber auch, wie sehr unrecht die Metallindustriellen haben, wenn sie „den schärfsten Widerspruch erheben gegen Maßnahmen, die geeignet wären, die Schäden solcher Zustände zu mildern". Es ist eine mehr als kurzsichtige Politik, die sie treiben. Eine Politik, die sich an ihnen selbst eines Tages bitter rächen wird, da sie beeinflußt ist von nacktesten Augenblicksinteressen.

Wirtschaftliche Kämpfe in England. Die Aussperrung im Londoner Baugewerbe ist von dem Kartell der Gewerkschaften in der Baundustrie mit dem Streik der an denselben Bauten beschäftigten anderen Branchen beantwortet worden. Die Londoner Unternehmerorganisation soll beabsichtigen, die Betriebe in London völlig still zu legen und nötigenfalls den Landesverband der Bauunternehmer zu einer allgemeinen Aussperrung veranlassen, um die geplante Unterstützungsaktion der Gewerkschaften zu erschweren. Die Gefahr eines ähnlichen Konfliktes in der Londoner elektrischen Industrie, deren Arbeiter eine Lohnerhöhung von 12 Pfg. pro Stunde fordern, ist anscheinend beseitigt, da die Unternehmerorganisation mit der Gewerkschaft der Elektriker in Unterhandlung getreten ist. Von den streikenden Kohlenarbeitern haben jetzt 1000 bei solchen Firmen, die die Forderungen der Gewerkschaft bewilligt hatten, die Arbeit aufgenommen, u. a. auch in den Genossenschaftsbetrieben. Die Wiedereingestellten haben einen täglichen Extrabeitrag von einer bezw. zwei Mark an den Streikfonds abzuführen. Am Donnerstag wird die Organisation der Arbeiter über das Vermittlungsangebot des Handelsministeriums entscheiden. In Dublin sind immer noch rund 12 000 Ausgesperrte bezw. Gemaßregelte. Eine Gewerkschaft nach der anderen gestattet den Mitgliedern die Wiederaufnahme der Arbeit dort, wo der bekannte gegen die Mitgliedschaft im Transportarbeiterverbande gerichtete Revers nicht gefordert wird. Diese Forderung aber halten die meisten Unternehmer aufrecht, zumal ihre Betriebe mit Arbeitswilligen besetzt sind, sodaß der heroische Kampf der Dubliner Arbeiter trotz der prachtvollen Solidarität der englischen Gewerkschaften als verloren angesehen werden muß. Die Not unter den noch Ausgesperrten muß unbeschreiblich sein, zumal seit einigen Wochen die Unterstützungsaktion ins Stocken geraten ist, wohl zumeist infolge des unverständlichen Verhaltens Larkins, der fortfährt, in öffentlichen Versammlungen in allen Großstädten die alten englischen Gewerkschaften, ihre Führer und die Arbeiterpartei mit Schmutz zu bewerfen. Dabei ist es nur diesen zu verdanken, daß der Kampf überhaupt unterstützt und er selbst aus dem Gefängnis wieder befreit werden konnte. Ein Lehrerstreik ist soeben in der Grafschaft Nottighamshire dadurch vermieden worden, daß die Schulbehörde mehreren hundert Lehrern, die ihre Stellung zum 1. Februar gekündigt hatten, die verlangte Aufbesserung von 200 bis 400 Mark pro Jahr bewilligte. Zwar hatte man alle Hebel in Bewegung gesetzt, „arbeitswillige" Lehrer zu finden, doch war der Erfolg dieser Anstrengungen so mager, daß man wohl oder übel die Forderung des Lehrerverbandes bewilligen mußte.

Großartig negative Polenbekämpfung.

Schon seit 1907 sagen die Denkschriften der Ansiedlungskommission für die Provinzen Westpreußen und Posen nichts mehr über das polnische Angebot. Die Gründe liegen auf der Hand, zeigt doch die Besitzwechselstatistik, daß die Verkäufe aus deutscher Hand in polnische ständig die Verkäufe aus polnischer in deutscher Hand überwiegen. Angesichts dieser Tatsachen fängt es jetzt sogar den Leuten, die für preußische Ostmarkenpolitik schwärmen, an unangenehm zu werden. Das Organ der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation brachte kürzlich einen Artikel über die nationalpolitische Bedeutung der Ansiedlungskommission, in dem offen zugegeben wird, daß der Ankauf polnischer Güter nie recht gelungen sei. „Dagegen ergab sich im Laufe der Jahre eine Mobilisierung in erschreckendem Umfange und eine Steigerung der Güterpreise", die keine andere Ursache hat als die Tätigkeit der Ansiedlungskommission. Das wird verständlich, wenn die Zahlen betrachtet werden, die ausweisen, wie viel Land von der Gesamtfläche der in Frage kommenden Regierungsbezirke die Ansiedlungskommission bis 1912 aufgekauft hat. Im Regierungsbezirk Bromberg zum Beispiel ist es rund der vierte Teil der überhaupt vorhandenen Gutsflächen!

Der Erwerb der Ansiedlungskommission betrug bis 1912 in den einzelnen Kreisen:

	Prozent der Gesamtfläche	Prozent der Gutsfläche
in Bromberg-Land	7,56	8,96
„ Czarnikau	12,66	22,96
„ Gnesen	39,28	56,89
„ Hohensalza	12,07	56,89
„ Kolmar	5,14	8,61
„ Mogilno	21,62	42,19
„ Schubin	11,89	18,06
„ Strelno	10,42	14,59
„ Wirsitz	14,13	23,18
„ Witkowo	8,84	14,16
„ Wongrowitz	23,14	34,84
„ Znin	27,72	48,41

Die Ansiedlungskommission hat also in verschiedenen Kreisen bis zur Hälfte und mehr von der gesamten vorhandenen Gutsfläche aufgekauft! Und der Erfolg? Die Gutsfläche in polnischen Händen, ist seit 1884 um ganze 35 000 Hektar zurückgegangen! Wobei nicht außer Acht gelassen werden darf, daß außerdem auch Verschiebungen in den Größenklassen eingetreten sind. So hat sich die Zahl der kleineren Landwirtschaften vermehrt und die der Großen vermindert. Der preußischen Ansiedlungspolitik haben die polnischen Kreise ihre Ansiedlungstätigkeit entgegengestellt. Daher hat die große Ziffer der Gesamtankäufe, die die Ansiedlungskommission bis heute aus polnischer Hand vornahm, nur einen relativen Wert. Einen Erfolg kann die Ansiedlungskommission auf Grund ihrer Tätigkeit, wie schon erwähnt, aber in den Ostmarken buchen: Der deutsche Grundbesitz läuft fortgesetzt aus einer Hand in die andere und das zu immer mehr steigenden spekulativen Preisen. Das ist der positive Erfolg der preußischen Polenpolitik, abgesehen davon, daß man sich Hunderttausende von Bürgern zu Feinden gemacht hat.

Aus der Jugendbewegung.

Patriotischer Phrasenschleim. Auf die arme Jugend die sich in christliche und nationale Jugendvereine hat fangen lassen, geht in diesen Tagen eine wahre Sintflut von geschwollenen Kaisergeburtstags-Artikeln nieder. Eine einzige Probe aus diesen Erzeugnissen wird genügen, um zu zeigen, was man den jungen Leuten an sogenanntem „Patriotismus" zumutet:

„Wenn wir das inhaltsreiche, bewegte und erfolgreiche Leben des Kaisers an unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, dann treibt's uns wohl, nach den Quellen zu forschen, aus denen ihm fortgesetzt Kraft und Mut, Ausdauer und Zähigkeit, Weisheit und Einsicht, Erfolg und Sieg zufließen. Es hält nicht schwer, diese Quellen zu finden. Die Lebens- und Tageslosung des Kaisers deutet sie uns, die da lautet: Bete und arbeite!

Darin liegt das Geheimnis seiner großen Bedeutung, worüber das Ausland sich in steten, staunenden Bewunderungen ergeht, woraus das deutsche Volk so viel Segen schöpfen durfte und worüber wir an des Kaisers Geburtstag reden und rühmen in höchster Begeisterung".

So der „Leuchtturm" (Nr. 4), das Blatt der evangelischen Jünglinge. Woher der Kaiser die „Quellen" seiner übermenschlichen Eigenschaften hat, wissen wir ja nun. Aus welchen „Quellen" aber der evangelische Schmeichler schöpft, möchten wir gern erfahren.

Jungvolk 1914. Da die erste Auflage des beliebten Jugendalmanach schon seit einiger Zeit vergriffen war, die Nachfrage aber noch ständig anhält, ist eine zweite unveränderte Auflage hergestellt worden. Bestellungen sind sofort an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., 68, zu richten.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 3 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Mannhaftigkeit. Von E. Hoernle. — Die erste Auseinandersetzung im Reichstage über den Klassenkampf der Arbeiter. Von G. Hoch. — Der gerechte Richter im Zillertal. Von H. Farwig. — Weitere Beweise zur Abstammungslehre. Von Gg. Engelbert Graf (mit Abbildungen). — Wie denkt die Sozialdemokratie über Frauen- und Kinderarbeit? Von Therese Schlesinger (Schluß). — Vorstadt. Gedicht von Fritz Sänger. — Des Lehrlings Leidenschronik. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw. — Beilage: Der Doppelgänger. Erzählung von F. Boutet. — Arbeiterwissen. Gedicht von Fritz Sänger. — Multatuli, der Dichter und Kämpfer. Von C. Döring (Schluß). — Kapitän Scotts letzte Fahrt (mit Abbildungen). — Die Speisekammern der Tiere. Von Heins Welten (Schluß). — Nachtstück. Gedicht von Arne Holz. — Aus Kapitän Scotts Tagebuch.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Dienstmädchen unschuldig verurteilt. In Leipzig hatte dieser Tage das Jugendgericht in einem Wiederaufnahmeverfahren gegen das 18 Jahre alte Hausmädchen G. zu verhandeln, das im Juni vorigen Jahres wegen Diebstahls und Unterschlagung zu vier Wochen und einem Tag Gefängnis verurteilt worden war. Das Mädchen war bei einem Gastwirt Cojeri in Leipzig-Gohlis in Stellung gewesen und hatte sich gut geführt. Im Januar 1913 vermißte Frau C. plötzlich eine goldene Uhr mit Kette, die sie zuletzt einige Wochen zuvor getragen hatte. Weil nun unter den Sachen der G. einige der Herrschaft gehörige wertlose Kleinigkeiten entdeckt wurden, kam das Mädchen in Verdacht, Uhr und Kette, deren Wert auf 300 Mk. angegeben wurde, gestohlen zu haben. Einem Kriminalschutzmann gestand es — wie es angab, durch die Vernehmung ganz verwirrt — auch ein, Uhr und Kette an sich genommen zu haben, dann aber verloren zu haben. Später widerrief die G. ihr Geständnis. Das Gericht glaubte ihr aber nicht, sondern verurteilte sie zu der angegebenen Strafe, wobei ihr „lügenhaftes" Wesen strafverschärfend in Betracht gezogen wurde. Im September wurde dann Uhr und Kette, in einem Papierbeutel verpackt, im Schreibtisch des Herrn C. gefunden. Die Eheleute C. bekundeten als Zeugen übereinstimmend, daß es ausgeschlossen sei, daß das Mädchen nachträglich die Gegenstände dahin gelegt haben könnte. Sie nahmen vielmehr an, daß sie von ihnen selbst dahingelegt und dann vergessen worden sind. Das Gericht kam nach dieser Beweisaufnahme zur Freisprechung der Angeklagten und legte die Kosten der Staatskasse auf. Das Mädchen war also mit knapper Not dem Gefängnis entgangen. Unverständlich bleibt es aber, wie die Dienstherrschaft in so leichtfertiger Weise ein unbescholtenes Mädchen ohne genaue Prüfung der Sachlage verdächtigen, in ihrer Ehre kränken und in ihrem Fortkommen so schwer schädigen konnte. Dem Mädchen war jede Möglichkeit benommen, Dienststellen zu bekommen, zu denen ein Zeugnis verlangt wurde; denn in diesem war angegeben worden, daß die G. „unter dem schweren Verdacht des Diebstahls" entlassen worden sei. Etwas vorsichtiger sollten Herrschaften doch mit der Ehre und der Existenz anderer umgehen, auch wenn es sich „nur" um Dienstboten handelt.

Doppeltes Todesurteil gegen einen Musketier. Das Kriegsgericht der 35. Division in Thorn verurteilte den Musketier Joseph Straskiewicz von der 4. Kompagnie des 61. Infanterieregiments wegen Ermordung des Kätners Organkowski und dessen Wirtin Malinowski aus Althausen zweimal zum Tode. Wegen versuchten Totschlags an dem Gastwirt Bogen in Charlottenburg, wegen zweifachen Raubes, neunzehn schwerer Einbruchdiebstähle, darunter in den Kirchen zu Spandau, Oranienburg, Charlottenburg, Posen, Gnesen, Hohensalza und wegen fünf einfacher Diebstähle wurde gegen Straskiewicz auf acht Jahre Zuchthaus, dauernden Ehrverlust, Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und Ausstoßung aus dem Heere erkannt.

Wegen Spionage verurteilte die Strafkammer in Kalisch (Westpreußen) den preußischen Staatsangehörigen Ladislav Mizgolski zu vier Jahren Gefängnis.

Ein Arzt zu Zuchthaus verurteilt. Das Schwurgericht in Essen verurteilte nach neuntägiger Verhandlung den praktischen Arzt Dr. Leuwer aus Gelsenkirchen wegen Verbrechens gegen das keimende Leben und wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einem Jahre und zwei Monaten Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte 2½ Jahre Zuchthaus beantragt. Außerdem hatten sich vier Frauen und Mädchen wegen Beihilfe bezw. Versuchs zu verantworten. Eine der Angeklagten erhielt zwei Monate Gefängnis, die übrigen wurden freigesprochen.

Aus Nah und Fern.

Grubenunglück in Schlesien. Auf der Schlesiengrube ist die bei der Abteufung eines Schachtes benutzte Bühne durch Gesteinsmassen zertrümmert worden. Zwei Mann wurden getötet und drei leichtverletzt.

Massenerkrankungen von Rekruten. Wie aus Arras gemeldet wird, sind bei der 11. Kompagnie des 33. Infanterie-Regiments viele Rekrutenerkrankungen, offenbar nach dem Genuß von verdorbenem Fleisch, vorgekommen. 25 Soldaten mußten in besorgniserregendem Zustande ins Hospital geschafft werden.

Kasernengeheimnisse. Aus Metz wird berichtet: Strenge Maßregeln wurden gegen die 7. und 8. Kompagnie des Inf.-Rgts. 98 ergriffen. Vier Wochen lang dürfen die Mannschaften vom Feldwebel abwärts die Kaserne nicht verlassen. Für die Sonntage ist auf 11 und 1 Uhr Appell festgesetzt worden, während um 4, 6 und 8 Uhr für eine halbe Stunde Verlesung der Kriegsartikel und Belehrung durch einen Offizier angesetzt wurde. Dies strenge Vorgehen soll, laut „Lothr. Volksstimme", auf hohe Strafen zurückzuführen sein, die über Unteroffiziere und Mannschaften wegen Wachvergehens usw. verhängt werden mußten. — Eine höchst merkwürdige Begründung! Also weil über einzelne Unteroffiziere und Mannschaften hohe Strafen wegen bestimmter Vergehen verhängt werden „mußten", werden gleich zwei ganze Kompagnien eines Regiments mit strengem und langandauerndem Hausarrest bestraft? Auf welche Gesetzesbestimmung gründet sich eine solche einschneidende Maßregel, unter der höchst wahrscheinlich viele Unschuldige zu leiden haben?

Wieder ein schweres Grubenunglück. Gestern nachmittag kurz vor dem Schichtwechsel ereignete sich auf der Zeche Achenbach in Brambauer bei Dortmund in der dritten Sohle ein schweres Unglück durch eine Schlagwetterexplosion. In dem Revier wurden ungefähr 60 Bergleute beschäftigt. Bis 12½ Uhr nachts sind **22 Tote** und **17 Verletzte**, davon 10 schwerverletzt, **geborgen.** Hoffentlich befinden sich keine Toten mehr in der Grube.

Sprengung des Maineises. Pioniere begannen am 29. Januar die Sprengung des bis zwei Meter dicken Eises des Maines bei Kostheim.

Untergang eines Dampfers. Nach einer Meldung aus Norfolk in Virginien sank am 30. Januar morgens auf der Höhe von Hog-Island der Dampfer „Monroe" infolge eines Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Nantucket". Dabei sind vom Dampfer „Monroe" 24 Passagiere und 24 Mann der Besatzung ertrunken. Gerettet sind 30 Passagiere und 55 Mann der Besatzung.

Hochwasserkatastrophe in Brasilien. Telegramme aus dem Staate Bahia melden, daß die Städte Cannavieras, San Felix und Cachoira und viele andere Ortschaften überschwemmt sind, da die Flüsse Hochwasser führen. Die Häuser sind unterwühlt und die Verkehrsverbindungen unterbrochen. Zweitausend Menschen werden vermißt. Der Sachschaden ist überaus groß.

Eisenbahnunglück. Der Daily Chronicle meldet aus Philadelphia unterm 29. Januar: Bei Johnstown in Pennsylvanien ist gestern nach ein Pullmann-Expreßzug mit einem Güterzug zusammengestoßen. Drei Personen sind getötet worden, drei wurden schwer und mehrere leicht verletzt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" ist das 18. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schluß mit Zabern. Von Dr. Paul Lensch. — Das Ausland als Retter. Von Rud. Breitscheid. — Hauptmanns neuestes Drama. Von Konrad Schmidt. — Groß- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft? Von Friedrich Wagner. — Zur Kirchenaustrittsbewegung. Von Bernh. Menke (Dresden). — Die „Achtzehnjährigen". Von Franz Andresen (Hamburg). — Zur Kinofrage. Von Fritz Elsner. — Die Organisationsform der Gewerkschaften. Von H. Beyschwang.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein reichillustriertes Heft zum Preise von 10 Pfg. Bestellungen durch alle Buchhandlungen, Speditionen oder direkt beim Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Jede Woche ein Heft. Abonnements pro Quartal 3 Mk. Einzelhefte 30 Pfg. pro Exemplar. Bestellungen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen, Speditionen sowie direkt beim Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Zum Jahresschluß pflegt man zu überschauen, was im Laufe des Jahres Weggenosse gewesen ist und pflegt sich zu fragen, ob man die Menschen und Dinge, die einem vertraut gewesen sind, auch für das neue Jahr wieder zu Gaste laden soll. Wenn man bei solcher Rückschau und Prüfung auch der Meggendorfer-Blätter gedenkt, wird man sich sicherlich fest entschließen, der altbewährten Zeitschrift auch ferner treu zu bleiben, die allwöchentlich Schätze frohen, gesunden Humors ins Haus gebracht hat. Wenn die Freunde der Meggendorfer-Blätter nun auch denen, die der Zeitschrift noch fern stehen, einmal sagen wollten, wieviel fröhliche Stunden in der ernsten Zeit sie den Meggendorfer Blättern verdanken, so würden sie ein gutes Werk tun. Diese Münchener Zeitschrift (Quartalspreis 3 Mk. ohne Porto) eignet sich, weil sie allem Verletzenden aus dem Wege geht, für alle Kreise ohne Unterschied des Alters und des persönlichen Glaubensbekenntnisses in religiösen und politischen Fragen aufs beste. Probenummern versendet der Verlag München, Perusastraße 5, kostenfrei. Wer sich genauer über das Wesen der Meggendorfer-Blätter orientieren will, tut gut, bei seinem Buchhändler ein Exemplar der Probebände zu bestellen, die 5—6 Nummern enthalten und ohne Porto nur 50 Pfg. kosten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Konzerthaus Flora.

Große öffentliche Volksmaskerade

verbunden mit Gesindeball

am Sonntag, dem 8. Februar 1914. (689

Ein Maskenfest am Nordpol.

Hansa-Halle

Sonntag, den 1. Februar:

Große öffentliche Volksmaskerade

(nach echt kölnischer Art) verbunden mit Kappenfest für Zuschauer.

Prinz Karneval im Galagespann, gezogen von einem Araber.

Maskenkostüme sowie Kappen im Lokal zu haben.

Lokalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Ende morgens.

690) **Johs Rieck.**

Restaurant „Zum Elbe-Trave-Kanal"

Balauerfohr 18. (662

Morgen Sonntag, den 1. Februar, abends 7 Uhr:

Grosser Skatabend.

Krankenversicherungs-Verein der Seefahrer-Krankenkasse in Lübeck.

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, dem 15. Februar 1914, nachmittags 4 Uhr,
im Hause des Herrn **J. Jürß,** Engelsgrube 59.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

Wir machen auf §§ 2 und 26 des Statuts besonders aufmerksam.

660) **Der Vorstand.**

Freiwillige Frauen-Sterbekasse zu Lübeck.

General-Versammlung

am Mittwoch, dem 4. Februar d. J., abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von 1913. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

677) **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 3. Februar,
abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung von der Silvesterfeier.
2. Vortrag des Genossen **Mehrlein:** Die deutsche Offizierskaste.
3. Wahl des Maifeier-Komitees.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

695 **Der Vorstand.**

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirksversammlung

für die Warenabgabestelle

Eutin

am Dienstag, d. 3. Februar
abends 8 Uhr
beim Gastwirt Knickrehm;

für die Warenabgabestelle

Moisling-Straße, Lübeck

am Donnerstag, d. 5. Februar
abends 8½ Uhr
im Restaurant Wakenitz-Kellerei.

Tagesordnung
in beiden Versammlungen:
1. Geschäftsbericht resp. Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Wahl eines Genossenschaftsratsmitglieds.
3. Genossenschaftliches.

Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bittet dringend

671) **Der Vorstand.**

Friedrich-Franz-Halle.

Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei. 687

Weisser Engel

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

44) **Bernh. Boldt.**

Wilhelm-Theater.

49) Jeden Sonntag:

Große Ballmusik.

Friedrichshof.

Jeden Sonntag: (39) **Tanzkränzchen.**

Am Dienstag, dem 3. Februar:

Familien-Maskenball.

Zentral-Hallen.

(H. Pagel.)

Sonntag, d. 1. Februar:

Grosse Volksmaskerade.

Für Humor wird bestens gesorgt.

Herren-Masken 30 ₰ Damen-Masken 20 ₰

Vorzugskarten zu 30 Pfg. sind im Lokal zu haben.

Leierkasten-, Affen- und Bärenmasken sind strengstens verboten. 665

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Wintervergnügen — Kappenfest

am Mittwoch, dem 11. Februar 1914
im **Gesellschaftshaus „Monopol",** Johannisstr. 25.

668) **Das Komitee.**

Waisenhof

Sonntag: (45
Kappenfest

Treff

„Flora" Eis-Palast.

Am Sonntag, d. 1. Februar

Grosses Tanzfest am Nordpol

in Eis und Schnee.

Wunderbare neue Dekoration.

Anfang 4 Uhr. 688 Ende 2 Uhr.

Tonhalle

Der Herr des Todes

(Spieldauer 2 Stunden)

Großes Sensations-Zirkusdrama in 4 Akten von Karl Roßner
mit der gewaltigen Attraktion „Der Todessprung"
Hauptrolle: Hugo Flink, der Liebling des Kino-Publikums. 684

Lichtspiele — Bad Schwartau.

Lissi Nebuschka in

„Des Meeres und der Liebe Wellen."

666 Großes Seedrama in 3 Akten.

Waldschlößchen

Bad Schwartau.

Sonntag, d. 1. Februar
Großes humoristisches

Bockbier-Fest

unter gefl. Mitwirkung der **fidelen Bayern**
in Originaltracht.

Alles lacht!
Alles amüsiert sich!

Kappen, Festzeitungen, Urlaubskarten und Bierorden gratis. (696

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Schlutup.

Gasthof „Zum weißen Schwan"

Inh. K. Böge. (954

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Gute Speisen. ff. Biere.

Moorgarten

Tanzvergnügen

am Sonntag, dem 8. Februar.
Hierzu ladet freundlichst ein

639) **F. Wehrend.**

Adlershorst. (41)

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

---

681 **Kalnberg's**
Etablissement

Fledermaus.

Von 8 Uhr bis 1 Uhr:

Immer bei Humor!

Konzert und Gesang.

Eintritt frei!

Sonntag: Beginn 5 Uhr.
Eintritt: 20 Pfg.

Neue Kapelle, Neue Künstler.

Konzerthaus

Zauberflöte

Heute:
Abschieds-Konzert
des
Damen-Trompeter-Korps
verbunden mit
großem humoristischem
Bockbierfest.

Kappen und Lieder gratis.

Morgen
Sonntag, d. 1. Febr.
Bockbierfest
unter Mitwirkung des
Neuen
Damen-Orchesters
„Ariele" 6 Damen 4 Herren
Anfang 4 Uhr.

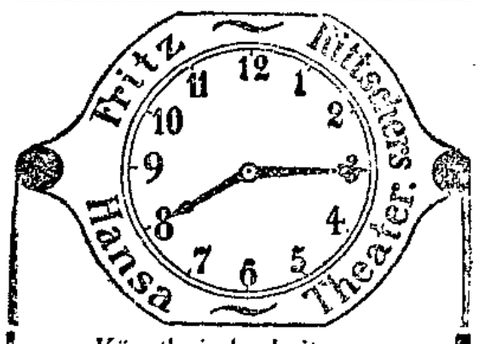
691) **Ludwig Koek.**

Grünkohlessen

am Montag, 2. Febr.
von morgens **10** Uhr an.
Hierzu ladet freundlichst ein

Franz Lüth

680 Karpfenstr. 21.



Künstlerische Leitung:
Dir. Fritz Hemberger.

Heute letzter Tag.

Große Gala-Abschieds-Vorstellung

des unübertroffenen Sensationsprogramms mit seinen nervenerregenden Darbietungen.

Alles staunt! Alles lacht!

Anfang 8¼ Uhr.

Vorverkauf: linke Seite bei Nagel, Am Markt; rechte Seite bei Sager, Kohlmarkt. (642

Kleine Preise!

Morgen,
Sonntag, den 1. Febr.
Kurzes Gastsp. d. weltberühmt.

Sylvester Schäffer

sowie der amüsante erste

Varieté-Teil.

The Flying
Browning Sisters
Luftpotpourri.
Mia Vera
Soubretten-Diva.
Charles Pauly
der beste Tierstimmenimitator
Paul Förster
der bekannte Humorist und Improvisator.

Anfang Wochentags 8¼ Uhr
Sonntags 8 „

Nachmittagsvorstellungen finden nicht statt.

Preise der Plätze mäßig erhöht.

Der Vorverkauf für die Sylvester-Schäffer-Vorstellungen hat bereits begonnen, für die Abend-Vorstellungen rechte Seite bei Sager, Kohlmarkt, linke Seite bei Nagel am Markt.

Neues Stadttheater

Sonnabend, den 31. Januar 1914:
116. Vorst. i. Voll-Ab. Kleine Preise.
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Der Kaufmann von Venedig.

Lustspiel von W. Shakespeare.
Zu dieser Vorstellung haben Schülerkarten Gültigkeit.

Sonntag, den 1. Februar 1914:
Jeder Platz 50 Pfg.
Zum letzten Male:
Anfang 3 Uhr. Ende nach 5 Uhr.

Der Biberpelz.

Diebeskomödie v. Gerh. Hauptmann.

Die Verlosung der Plätze findet am Sonnabend von 8—9 Uhr an der Theaterkasse statt.

Abends 7 Uhr. Ende gegen 12 Uhr.
117. Vorst., i. V.-Ab. Große Preise.
Gastspiel von Theodor Lattermann vom Stadttheater Hamburg.

Die Meistersinger von Nürnberg.

Große Oper von Rich. Wagner.

Montag, den 2. Februar 1914:
118. Vorst. i. V.-Ab. 20. Vst. i. Mont.-A.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Oberst Chabert.

Oper von H. W. v. Waltershausen.
Große Preise. (663

Dienstag, den 3. Februar 1914:

Die spanische Fliege

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 26. Sonnabend, den 31. Januar 1914. 21. Jahrg.

Fürstbischof Kopp gegen die christlichen Gewerkschaften.

Wie schon mitgeteilt, hatte der Führer der Integralen im Zentrum, Graf Oppersdorf, den Fürstbischof Dr. Kopp in Breslau, der im Episkopat die antikölnische Richtung repräsentiert, um eine authenische Aeußerung zur Gewerkschafts-Enzyklika ersucht. Im Kölner Gewerkschaftsprozeß beriefen sich die Führer der christlichen Gewerkschaftsführer besonders mit darauf, daß auch der Fürstbischof Kopp die vom Paderborner Bischof gegebene und den Gewerkschaften günstige Deklaration der päpstlichen Enzyklika mit unterzeichnet habe. Kopp hat nun unter dem 21. Januar dem Grafen Oppersdorff eine sehr ausführliche Antwort gegeben und ihn ermächtigt, diese seine Meinung der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Da hierdurch der Gewerkschaftsstreit im Zentrumslager sicher aufs neue lebhaft entfacht wird, geben wir nachstehend den Wortlaut des Briefes:

„Euer Hochgeboren

beehre ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 19. dss. Mts. ergebenst zu erwidern, daß ich keinen Anstand nehme, Ihnen zur Aufklärung der öffentlichen Meinung die gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Wie der Episkopat in seinem Anschreiben vom 5. November 1912, mit dem er die Enzyklika „Singulari quadam" veröffentlichte, hervorhob, sollten die „Weisungen des Hl. Vaters zugleich jenem, in der Enzyklika so nachdrücklich betonten, Ziele dienen, zwischen katholischen und nichtkatholischen Arbeitern den bürgerlichen Frieden und jene Eintracht zu erhalten, ohne die die irdische Wohltat nicht bestehen kann.

Deshalb wies das bischöfliche Anschreiben noch darauf hin, „die vom Heiligen Stuhle an die Katholiken ergangene Mahnung zur Einigkeit, zur Unterlassung gegenseitiger Beschuldigungen, zur Einhaltung des ordnungsmäßigen Weges zur Lösung der etwa noch in vorgezeichneter Richtung auftauchenden Differenzen entspreche dem heißen Verlangen des gesamten katholischen Volkes."

und schloß mit dem Ausdrucke des Vertrauens,

„da die kirchliche Treue und Friedensliebe aller guten Katholiken die Enzyklika als einen neuen Beweis der Weisheit und Hirtenliebe des Heiligen Vaters mit inniger Dankbarkeit aufnehmen und alle Weisungen der Enzyklika freudig und gewissenhaft befolgen werde."

Dieses Streben und diese Erwartung leitete fortan alle weiteren Schritte der deutschen Bischöfe. Der Episkopat als solcher hielt sich von da ab fern, nur, daß er noch den Beschluß faßte, ein Konferenzmitglied, den damaligen Kapitularvikar von Köln, Prälat Kreutzwald, zu beauftragen, mit den Führern der christlichen Gewerkschaften Fühlung zu nehmen, um zu verhüten, zu voreiligen und unbedachten Worten und Handlungen sich hinreißen zu lassen, die später schwer wieder auszugleichen wären. Die Führer der christlichen Gewerkschaften befolgten auch anfangs diese Mahnungen, bis die gegnerischen sozialdemokratischen, wie auch einzelne liberale Blätter in allerlei höhnischen und beschimpfenden Ausführungen sich ergingen und alle Gespenster kirchlicher Knechtung auftreten ließen.

In dieser Lage beschlossen die Führer, alle Leiter der christlichen Gewerkschaften zu einer Generalversammlung nach Essen zu berufen. Vorher aber wandte sie sich an ihren langjährigen Freund, den hochwürdigsten Herrn Bischof von Paderborn, Dr. Schulte, und legten ihm ihre Lage dar. Der Bischof von Paderborn, eingedenk der einhelligen Stimmung des Episkopats, der Enzyklika eine möglichst friedliche und vertrauensvolle Aufnahme bei den Beteiligten zu sichern, unternahm es daher, die von den Gegnern am schärfsten hervorgehobenen und mißdeuteten Bestimmungen der Enzyklika zu erläutern. Daß er sich dabei von der äußersten Milde leiten ließ, widersprach nicht den Absichten des Episkopats und erforderte die Lage der Dinge. Diese Erläuterung sandte der hochwürdigste Herr am 20. November 1912 dem Unterzeichneten als dem derzeitigen Vorsitzenden der Bischofskonferenz zur Prüfung und Zustimmung. Mit einigen Aenderungen konnte ich seine Arbeit als nicht gegen die Enzyklika gerichtet anerkennen und, da die christlichen Gewerkschaftsführer auf meine Zustimmung alles Gewicht legten, erteilte ich sie. Bei der Kürze der Zeit konnte diese Angelegenheit dem Gesamtepiskopat nicht mehr vorgelegt werden; tatsächlich ist dessen Einverständnis auch nicht eingeholt worden. Nur wurde ihm nachträglich von der Sache Kenntnis gegeben, was er mit Stillschweigen aufnahm. Die in Essen zur Verlesung gebrachte Erläuterung der Enzyklika ist also kein Beschluß des Episkopats, sondern eine Ausarbeitung des Herrn Bischofs von Paderborn, der ich, den dringenden Umständen nachgebend, zustimmte.

In Essen hätte man es danach in der Hand gehabt, den gewerkschaftlichen Standpunkt mit weiser Zurückhaltung und kluger Schonung des kirchlichen Empfindens zur Geltung zu bringen, bei der überaus milden Erläuterung des Herrn Bischofs von Paderborn, und so die Hoffnungen des Episkopats zu rechtfertigen. Statt dessen erging man sich in schroffen und herausfordernden Redewendungen, die die wohltuenden Rücksichten des Episkopats völlig mißachteten und die angewandte Milde als nutzlos erwiesen, weshalb letztere auch an einer anderen kirchlichen Stelle nicht gebilligt wurde.

Aus diesen Vorgängen in Essen erkannte ich selbst, daß es Selbsttäuschung war, eine friedliche und versöhnliche Wirkung der Enzyklika zu erhoffen, und schrieb daher an den hochwürdigen Herrn Bischof von Paderborn, daß ich diese Vorgänge tief bedauerte, und daher meine Zustimmung zu seinen Erläuterungen damit zurücknähme. Mein Schreiben (vom 1. Dezember 1912) lautete wörtlich:

„Ich bedauere, mich an den Maßnahmen zur Beruhigung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben, und will die Interpretation (der 5 Punkte) nicht weiter vertreten, da solche nicht allein wirkungslos, sondern verwirrend sind."

So gut diese Erläuterungen gemeint waren und man sie an sich vielleicht auch nicht beanstanden kann, wenn man die Eile der Entschließung berücksichtigt und ihren Zweck nicht aus dem Auge läßt, so ist doch manches dagegen einzuwenden. Vor allem waren sie nicht nötig, da die Bestimmungen der Enzyklika deutlich und klar genug sind. Sie waren unnütz, da die Führer der christlichen Gewerkschaften sie nur zu einer schroffen Ablehnung benutzten. Endlich aber muß besonders hervorgehoben werden, daß es nicht Sache der Bischöfe ist, päpstliche Erlasse zu erläutern und auszulegen, sondern daß dieses Recht allein dem Heiligen Stuhle zusteht. In diesem Urteil über die Paderborner Erläuterung, das ich seit der Essener Versammlung stets festgehalten habe, hat mich leider auch der Verlauf des eben beendeten Prozesses der christlichen Gewerkschaften gegen die sozialdemokratischen Redakteure noch bestärkt, und ich kann hinzufügen, daß auch an anderen Stellen die bei dieser Gelegenheit ausgesprochenen Grundsätze und Ansichten ein großes Aufsehen erregt haben.

Ich glaube, damit Ihre Anfrage vollständig beantwortet zu haben und verharre in größter Verehrung als

Euer Hochgeboren ergebenster
G. Card. Kopp, Fürstbischof von Breslau."

Dieser Brief des Fürstbischofs Kopp hat im Lager der Bachemiten die größte Aufregung verursacht. Die „Kölnische Volkszeitung" druckt ihn in ihrer Montagmorgennummer ab und schreibt hierzu:

„Mit dieser Darlegung des Kardinals Kopp treten die alten Gegensätze, die in dem bösen Wort vom „verseuchten Westen" ihren drastischsten Ausdruck finden, ganz augenfällig in die Erscheinung. Das ist eine sehr ernste Tatsache, welche auch für unser ganzes öffentliches Leben von Bedeutung ist. Bei Besprechung des unerhörten Angriffs gegen den Erzbischof von Köln in Nr. 2 der „Klarheit und Wahrheit" haben wir bemerkt: Mit Zeitungsartikeln läßt sich die Sache nicht erledigen. Das gilt in noch höherem Maße von der Kundgebung der Kardinals Kopp, welche im übrigen für die nächste Zeit den Stoff zu zahllosen Betrachtungen abgeben dürfte. Dafür wird die liberale und sozialdemokratische Presse noch überreichlich sorgen. Wer geglaubt hatte, die Gewerkschaftsfrage werde nun endlich zur Ruhe kommen, wird gründlich enttäuscht sein. Mehr möchten wir einstweilen zu dem Brief des Kardinals Kopp an den Grafen Oppersdorf nicht sagen."

Das in Paderborn erscheinende „Westfälische Volksblatt" schreibt gleichfalls zu diesem Briefwechsel:

„Dieser Briefwechsel erscheint unseres Erachtens noch nicht ausreichend, um mit den Unklarheiten und Mißverständnissen nach jeder Richtung hin aufzuräumen. Bei einer Anfrage im hiesigen bischöflichen Palais (der Paderborner Bischof Schulte ist bekanntlich ein Freund der christlichen Gewerkschaften. D. Red.) ist uns die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt."

Aus der Partei.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag findet vom 13. bis 19. September 1914 in Würzburg statt.

Der französische Parteitag. Am dritten Kongreßtage wurde zunächst ein Ausschlußantrag gegen den Gen. Basly, den Deputierten von Pas-de-Calais, behandelt, der im Parlament durch seine Abstimmung über das Gesetz der Alterspensionen der Bergleute die Bergarbeiter in Pas-de-Calais begünstigt, die Bergleute der anderen Kohlenbezirke aber geschädigt haben soll. Man verlangte deshalb den Ausschluß Baslys aus der Partei, zumindest aber einen scharfen Tadel. — Jaures wies nach, daß es sich im Grunde genommen um eine gewerkschaftliche Angelegenheit handele. Auf seinen Antrag ging der Kongreß zur Tagesordnung über diese Angelegenheit über. Hierauf wurde die Diskussion über das Wahlprogramm und die Wahltaktik fortgesetzt. Genosse Poisson verlangt, daß man im Wahlprogramm auf keinen Fall die Frage der Reform des Wahlrechts vernachlässige. Lebas fordert eine vom Geiste der proletarischen Klasse getragene Wahlpropaganda. Bei dem zweiten Wahlgang hat allein das Interesse der Partei zu entscheiden. Auch die Redner der Nachmittagssitzung wünschten fast ausschließlich ein selbständiges Vorgehen der Partei und im zweiten Wahlgang Freiheit der Entscheidung der Föderationen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterklasse und der Partei. Auch Genosse Marcel Sembat, dessen Rede mit großer Aufmerksamkeit und Spannung entgegen genommen wurde, erklärte sich als Gegner eines Blockabkommens. Der alte Block habe Verwirrung gebracht, ein neuer Block würde sie nicht minder bringen. Sembat meint allerdings, daß ein Unterschied zwischen den Gegnern zu machen sei. Die Föderationen sollen selbständig für den zweiten Wahlgang entscheiden. Aber nur, nachdem sie sich mit dem Nationalrat der Partei in Verbindung gesetzt haben. Dadurch würde allen unliebsamen Vorfällen begegnet. Genosse Jaures, welcher nach Sembat das Wort ergriff, gab in seiner den Höhepunkt der Debatte darstellenden Rede ein großes Gemälde der politischen Situation. Die Frage des Blockes existiert nicht mehr. Auch Herve wird sich überzeugt haben, nach den einmütigen Ausführungen aller Redner, daß diese Frage erledigt ist. Niemand will ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien. Wir sind gegenwärtig im vollsten sozialen Konflikt. Jaures behandelte alsdann die Frage der Wahlreform. Die Wahlreform darf unmöglich eine Brücke werden zu einem Hand in Hand gehen zwischen der sozialistischen Partei und der klerikalen und konservativen Reaktion. Die Wahlschlacht muß eine Schlacht des Sozialismus sein. In Wirklichkeit gibt es für uns nur einen Wahlgang und das ist der erste. Deshalb müssen wir eine kräftige sozialistische Aktion für den ersten Wahlgang entfalten. Wir müssen die Herzen und die Geister so fassen und erschüttern, daß der zweite Wahlgang nur die logische Folge des ersten ist, sodaß unsere Wähler beim zweiten von selbst ihre Stimme nur den Kandidaten geben, die die meisten antimilitaristischen und antiklerikalen Garantien bieten. Und das ist leicht. Die wirtschaftlichen Erscheinungen arbeiten für uns. Wir sind die einzige Partei, welche eine klare und reine Politik verfolgt. Theorie und Aktion der Partei sind untrennbar. Jaures wandte sich alsdann unter stürmischem Beifall dem Militarismus zu. Im Kampfe gegen den Militarismus ziehen wir unsere Kraft aus dem sozialistischen Ideal. Wir müssen dem Volke zeigen, daß es das Ziel der reaktionären Regierung ist, die Armee zu einer Waffe gegen den inneren Feind zu machen, nicht um Frankreich zu verteidigen. Für den Kapitalismus wirkt die Regierung. Wir müssen dem Volke klar machen, daß mit den ungeheuren Summen, die der Militarismus verschlingt, nicht die notwendigen Reformen, Werke der Solidarität und Menschlichkeit geschaffen werden, und daß es nur eine Rettung aus all dem gebe: den Sozialismus! Keine ausdrücklichen Formeln also, sondern Richtlinien wollen wir für die Wahlen geben. Jaures schloß seine Rede mit dem Ausdruck der Freude, daß noch nie ein Kongreß in Frankreich so viel Arbeit geleistet und einen solchen Geist freier und brüderlicher Disziplin geoffenbart habe. Am Mittwoch legte Jaures im Namen der gewählten Resolutionskommission dem Kongreß eine Resolution vor, die den Klassenkampf betont und entschieden den Block ablehnt. Freilich sei ein Unterschied zu machen zwischen den Parteien der Republik. Der Nationalismus, der Militarismus, der Briandismus seien entschieden zu bekämpfen. Die Resolution beschäftigt sich denn noch mit dem Völkerfrieden und der deutsch-französischen Annäherung. — Die Resolution wurde unter größem Beifall einstimmig angenommen.

Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei wurde Mittwoch eröffnet mit zwei Vorkonferenzen, die den Vormittag und den Nachmittag ausfüllten. Die Vormittagskonferenz diente der Erörterung der parlamentarischen Taktik, am Nachmittag wurde die Wahlpropaganda und Wahltaktik besprochen. Ueber die parlamentarische Taktik referierte Mac Donald. Er erklärte, daß, wenn die Arbeiterpartei im Parlament nicht mehr geleistet habe, daran der Umstand schuld sei, daß die Vorlagen und Initiativanträge der Arbeiterpartei nicht zur Verhandlung kommen konnten; außerdem sei die Bestimmung des Parlamentsgesetzes der liberalen Regierung sehr hinderlich, wonach jede Vorlage, die vom Herrenhaus verworfen wurde, in den drei nachfolgenden Jahren vom Abgeordnetenhaus immer wieder angenommen werden müsse, bevor sie Gesetz werden könne. Hierdurch werde die ganze Gesetzgebung sehr erschwert. Mac Donald bekämpfte eine Taktik, die darauf hinausgehe, die Regierung zu stürzen. Es könne nicht im Interesse der Arbeiterpartei liegen, durch ihre Politik immer wieder Neuwahlen herbeizuführen. Die Genossen Anderson, ehemaliger Vorsitzender der J. L. P., und Sanders gaben in der Diskussion der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Politik der Partei Ausdruck. Die Fraktion habe dem Marconi-Skandal gegenüber versagt. Anderson und Sanders fanden überdies die ganze Haltung der Partei zu wenig entschieden, während Genosse Tom Shaw (Textilarbeiter) die Politik der Partei eher noch zu radikal fand. Im übrigen verlor sich die Debatte in Kleinigkeiten. Bedeutsam war nur noch, daß der Abgeordnete Genosse Thorne die Fraktionsführer beschuldigte, daß sie ohne Wissen der Fraktionsmitglieder Unterhandlungen mit der Regierung über die Politik der Partei pflegen. Unter der Leitung des Genossen Kair Hardie seien solche Unterhandlungen immer abgelehnt worden. Gegen diese Behauptungen protestierte sehr scharf Mac Donald und der Parteisekretär Henderson. Henderson behauptete, Kair Hardie habe, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt, sich an solchen Unterhandlungen beteiligt. Er habe es jedenfalls geduldet, daß er (Henderson) sie führe. Kair Hardie erklärte, er habe als Vorsitzender es geduldet, daß mit der Regierung über gewisse Vorlagen, über deren Prinzip beide Parteien einig waren, verhandelt werde und er habe dabei bezweckt, den Gewerkschaften ihre alten Rechte wieder zu geben. Nie habe er geduldet, daß über die Politik der Fraktion mit der Regierung Verhandlungen gepflogen wurden. Auch Mac Donald versichert, daß die Fraktion nie mit der Regierung über ihre Politik verhandelt habe. In der Nachmittagssitzung sollte über die Haltung gewisser Bergarbeiter-Abgeordneter, die es ablehnen, ihre Beziehungen zu der liberalen Partei abzubrechen, verhandelt werden. Der Gegenstand wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da Verhandlungen zwischen der Partei, dem Bergarbeiter-Verbande und den in Frage kommenden Ortsgruppen schweben. — Man trat dann in die Erörterung über die Haltung der Parteiführer bei der Ersatzwahl in Leicester ein. Die Haltung der Führer wurde scharf kritisiert. Es wurde behauptet, daß aus Rücksicht auf das Mandat Mac Donalds die Arbeiterpartei von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur gegen die Liberalen abgesehen habe, und als ein sozialistischer Kandidat aufgestellt wurde, habe die Fraktion eine noch nicht ganz aufgeklärte, aber doch sehr merkwürdige Rolle gespielt. Die Parteileitung bestreitet, daß irgend welche Rücksichten auf Mac Donalds Mandat genommen worden seien, Mac Donald würde auch ohne die Liberalen gewählt worden sein.

Soziales.

Zum Kampf zwischen Krankenkassen und Aerzten. In Bielefeld hat ein Schiedsgericht über die Differenzen, die zwischen den dortigen Krankenkassen und den Aerzten herrschen, zugunsten der Aerzte entschieden. Alle Kassen, deren Mitglieder ein jährliches Durchschnittseinkommen von 900 bis 1000 Mk. haben, sollen pro Jahr und Mitglied 6,50 Mark zahlen. Die Kassen, für deren Mitglieder das Durchschnittseinkommen unter diesem Satze bleibt, haben für je 100 Mk. Durchschnittseinkommen mehr oder weniger pro Mitglied 10 Pfg. mehr oder weniger zu zahlen. Der Abschluß gilt für das Jahr 1914. Nach Ablauf des 3. Quartals soll geprüft werden, ob die Sätze beibehalten werden können.

Arbeitslosenfürsorge. Der Stadtrat von Karlsruhe (Baden) hat ein Statut über Arbeitslosenunterstützung erlassen. Bisher wurde schon Arbeitslosenunterstützung in einzelnen Fällen aus Wohltätigkeitsmitteln gewährt, aber da die Armenbehörde solche Gesuche begutachten und bestätigen mußte, wurde wenig Gebrauch davon gemacht. Nach dem jetzigen Statut werden täglich 70 Pfg. für ledige und 1 Mk. für verheiratete Arbeitslose gewährt. Für jedes Kind unter 15 Jahren wird eine weitere Zulage von 10 Pfg. bezahlt, der Höchstbetrag von 1,60 Mk. pro Arbeitstag darf aber nicht überschritten werden. Die Stadtverwaltung hat für das Jahr 1914 4000 Mk. für solche Zwecke in Anschlag gebracht. Der Altenburger Landtag beschloß seinerzeit auf Antrag der Sozialdemokraten für die nächsten drei Jahre 45 000 Mk. bereit zu stellen, die dazu dienen sollen, den Gemeinden, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, bis zu 50 Proz. ihrer Ausgaben zurückzuerstatten. Trotzdem lehnen die Gemeinden eine Gewährung von Arbeitslosenunterstützung ab. So wurde kürzlich in Großstöbnitz der Antrag einer Anzahl Arbeitsloser, ihnen Unterstützung zu gewähren, ausdrücklich

abgelehnt, und in der Stadt Altenburg selbst sind die Arbeitslosen ebenfalls von allen Stellen abgewiesen worden mit der Begründung, es sei kein Geld vorhanden.

Wohnungsnot. Einer Wirtschaftskrise geht fast regelmäßig ein erhebliches Nachlassen der Bautätigkeit voraus, sodaß der ohnehin ständige Mangel an kleinen, billigen Wohnungen in solchen Zeiten zu einer Kalamität ausartet. In Magdeburg werden regelmäßige Wohnungszählungen vorgenommen. Die Zählung vom 1. November letzten Jahres ergab nur noch 1224 leerstehende Wohnungen gegen 1687 im Vorjahre, 1663 und 1526 in den Jahren 1911 und 1910. Die leerstehenden Wohnungen betragen nur 1,59 Proz. der gesamten Wohnungen. Im Jahre 1894 standen 6,93 Proz. leer. Soll man nicht von einem Mangel auf dem Wohnungsmarkt sprechen können, müssen durchschnittlich mindestens 5 Proz. der Wohnungen leerstehen. Diese Ziffer ist in Magdeburg schon lange nicht mehr erreicht worden. Dieselbe Wohnungsnot besteht in Dortmund. Hier beträgt der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen nur 0,4 Proz. In Dortmund wird die Lage noch dadurch außergewöhnlich verschlimmert, daß die Bevölkerungsziffer rapid wächst. Im Vorjahre allein nahm sie um 17 000 zu, während die Bautätigkeit fast völlig darniederlag. Diese allgemeine Wohnungsnot bedeutet für die Hausbesitzer eine goldene Zeit. Der Mietzins wird rapid gesteigert; in Dortmund sind Steigerungen von 20, 30, ja bis 40 Proz. zu verzeichnen. Dabei genieren sich die Hausbesitzer gar nicht, diese Mietzinssteigerung mit dem Wehrbeitrag zu begründen, den sie versuchen müßten durch gesteigerte Mieten wieder hereinzubringen. Staat und Gemeinden tun der Wohnungsnot gegenüber nichts. Hier und da tut sich wohl eine Baugenossenschaft auf, die vielleicht sogar durch die Stadt begünstigt wird, aber eine Lösung der Wohnungsfrage ist dadurch nicht zu erwarten. Es kann sich immer nur um wenige Wohnungen für schon etwas besser situierte Leute handeln. Der Reichstag sollte schleunigst zu dieser Frage wieder Stellung nehmen, und wenn nicht bald von den Bundesstaaten etwas geschieht, die Angelegenheit doch noch selbst in die Hand nehmen.

Frühstück und Mittag für hungernde Schulkinder. Die Stadt Frankfurt a. M. wandte in den letzten Jahren immer größere Summen, zuletzt 25 000 Mk. auf, um Kindern bedürftiger Eltern warmes Frühstück in den Schulen zu geben. In der Stadtverordnetenversammlung kam kürzlich die Frage der Schulspeisung erneut zur Verhandlung. Genosse Heiden beantragte, bedürftigen Kindern nicht nur ein warmes Frühstück, sondern auch warmes Mittagessen zu geben, da die Schulspeisung eine notwendige Ergänzung des Kinderschutzes sei. Der Schulausschuß schlägt nun vor, den Kinderhorten die Gewährung von Mittagessen an bedürftige Kinder zu übertragen und die Kosten auf die Stadtkasse zu übernehmen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß das Plenum der Stadtverordnetenversammlung sich diesem Vorschlag anschließen wird.

Ein ländliches Schulidyll.

Eine jüngst von dem Lehrer B. in Löwensen bei Pyrmont gegen die Schulgemeinde dieses Ortes bis in die höchste Instanz mit Erfolg durchgeführte Klage zeigt den dornenvollen Leidensweg mancher Dorfschullehrer in hellstem Lichte. Der Lehrer war von 1902 bis 1910 in Löwensen angestellt; dann wurde er im Alter von erst 40 Jahren wegen eines chronischen Nervenleidens in den Ruhestand versetzt. Lehrer B. behauptet nun, daß sein Leiden und demzufolge auch seine vorzeitige Pensionierung durch die gesundheitsschädlichen Zustände des Schulhauses in Löwensen verursacht worden sei; er verlangte in seiner Klage Erstattung seiner Arzt- und Kurkosten, ferner eine jährliche Rente seit dem 1. Mai 1910 für die infolge seines Leidens künftig erforderlich werdenden Mehraufwendungen und endlich die Differenz zwischen dem Diensteinkommen, das er ohne seine Pensionierung bis zum 65. Lebensjahre bezogen haben würde, und dem festgesetzten Ruhegehalt.

In seiner Klageschrift weist der Lehrer B. u. a. darauf hin, daß in der Schulstube, die noch nicht 100 Kubikmeter Luftraum habe, sich regelmäßig **80—90 Kinder** aufgehalten hätten. Es fehle an jeglicher Ventilation, und die Luft sei daher oft so unerträglich gewesen, daß Kinder in Ohnmacht fielen und der Lehrer die Klasse verlassen mußte. Dazu war die Schulstube feucht, die Wände stets beschlagen, und die Schwellen des Fußbodens seien verfault gewesen, weil sich darunter eine Jauchenpfütze gebildet habe.

Diese Angaben des Lehrers fanden ihre volle Bestätigung durch die vom Oberlandesgericht in Celle ausgeführte Augenscheinnahme des Schulhauses und seiner Umgebung, worüber das Gericht in seiner Urteilsbegründung folgendes Situationsbild gibt:

Unmittelbar hinter dem Schulhause befindet sich ein Schweine- und ein Ziegenstall, dessen Seitenwand mit der des Schulhauses in einer Richtung verläuft. An dieser Seitenwand, also unter den Fenstern der Schulstube vorbei, führt in geringer Entfernung von den Grundmauern der beiden Gebäude eine Rinne entlang. Die schadhafte Grundmauer des Schweine- und Ziegenstalles läßt, wie sich nach Entfernung der einige Tage vor der Augenscheinseinnahme auf Anordnung des Bürgermeisters (!) angeschütteten Erde herausstellte, Jauche durch. Auf dem Nachbargrundstück befindet sich, nur einige Meter entfernt, ein Abort mit zum Teil offener Senkgrube, daneben ein Düngerhaufen, bei dem ein Jauchetümpel steht, und endlich noch ein Schweinestall, dessen Wand ebenfalls Jauche durchsickern läßt. Diese Jauche hat zwar einen Abfluß durch eine hinter dem Stallgebäude des Schulhauses entlang und weiter über dessen Hofplatz führende Rinne. Da aber der Garten an der Schulzimmerseite nach dem Schulhause abfällt und die Dächer der anstoßenden Gebäude ohne Dachrinnen sind, so muß bei einigermaßen heftigen Regenfällen die unter den Fenstern des Schulzimmers entlang führende Rinne beträchtliche Mengen mit Jauche aus den umliegenden Ställen und Düngerhaufen vermischten Wassers aufnehmen.

Das alte Lied! Unter den Augen der aufsichtführenden Behörden und trotz der wiederholten Vorstellungen des Lehrers bestehen jahrelang diese beschämenden Zustände. Aber für Kulturaufgaben ist ja bekanntlich kein Geld vorhanden. Statt für einwandfreie Schulhäuser zu sorgen, werden lieber alljährlich Milliarden für den kulturzerstörenden Militarismus geopfert.

Kommunales.

Freiwilliger Proporz für die Stadtratswahlen in Straßburg i. E. Wie bekannt wird, hat die Fortschrittliche Volkspartei für die bevorstehenden Stadtratswahlen in Straßburg den anderen in Frage kommenden Parteien den Vorschlag eines freiwilligen Proporzes gemacht. Wird dieser Vorschlag angenommen, so will man sich über die Zahl der den einzelnen Parteien zufallenden Sitze verständigen. Ein Wahlkampf würde dann ganz unterbleiben. Man sieht hieran, daß die bürgerlichen Parteien für einen Proporz eintreten, wenn sie Niederlagen befürchten müssen.

Beanstandete Stadtverordnetenwahlen für gültig erklärt. Gegen die Wahl der Stadtverordneten der dritten Klasse in Lage (Lippe) im Dezember 1913, bei der zwei unserer Genossen und ein Bürgerlicher gewählt wurden, war Protest erhoben worden, weil Personen, die wohl in der Wählerliste aufgeführt waren, aber keine Steuern zahlten, gewählt hatten. Das Ministerium hat die Wahlen für gültig erklärt. Auch wenn Personen materiell das Wahlrecht nicht zustehe, seien einmal in den Listen Eingetragene, wenn kein Einspruch dagegen erhoben ist, formell zur Wahl berechtigt.

Literarisches.

Sozialistische Erziehung im Hause. Von Käthe Duncker. Heft 7 der Sozialdemokratischen Frauen-Bibliothek erschien soeben. Zur Orientierung seien hier einige Kapitelüberschriften wiedergegeben: Was ist und was kann die Erziehung? — Das Ziel der sozialistischen Erziehung. — Körperliche Erziehung. — Ueber die Behandlung des Geschlechtlichen in der Erziehung. — Intellektuelle Erziehung. — Moralische Erziehung. — Der Preis der Broschüre ist 40 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Speditionen sowie vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Koche mit Knorr

Richtige Ernährung mit Knorr-Hafermehl bedeutet Gesundheit der Kinder und Glück der Eltern. Knorr-Hafermehl ist seit 40 Jahren bewährt. — Das Paket kostet 50 Pfennig.

Sehr beliebt sind auch Knorr-Suppenwürfel in 48 Sorten. 1 Würfel 5 Teller 10 Pfg. Versuchen Sie Knorr-Spargel-Suppe!

670

Betten-Duve liefern bestens und billigst. 48 Gr. Burgstr. 32.

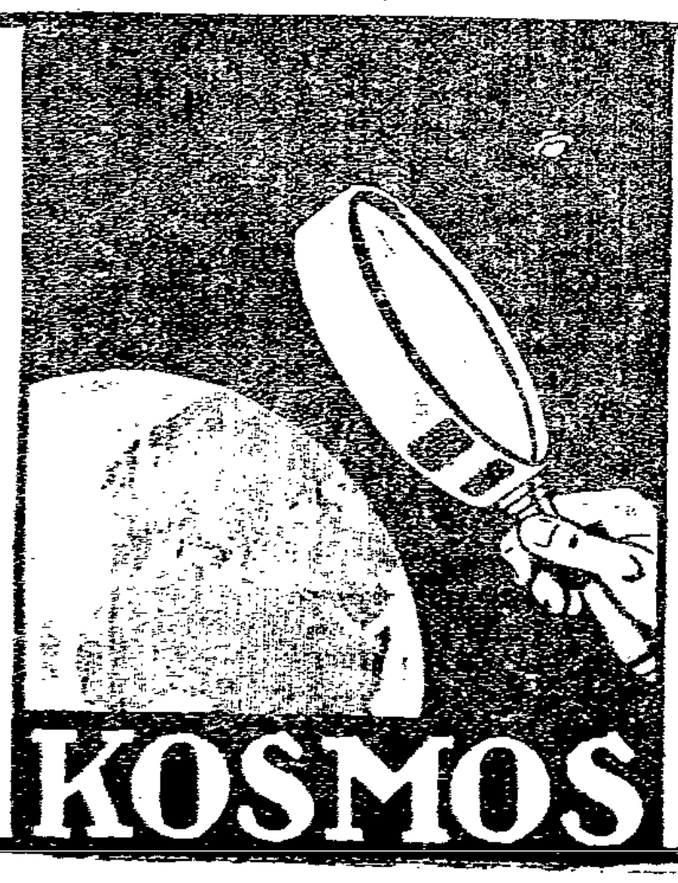
Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 47
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Visitenkarten ff. Elfenbeinkarton, 100 Stück von 1.00 Mk. an Fr. Meyer & Co., Johannesstraße 46.

Gewerkschaftshaus Lübeck
Johannisstraße 50-52.
Restaurant. ff. gepflegte Biere.
1. Mittagstisch 55 Pfg. Diners 1 Mk. und höher.
Reichhaltige Speisenkarte zu jeder Tageszeit.
49 C. Kloth, Verw.

669

Unterhaltend
Billigen und guten Lesestoff für jede Familie bietet der Kosmos. Für den geringen Jahres-Beitrag von
nur M 4.80
werden kostenlos geliefert:
12 Monatshefte
5 gute Bücher
ersten Fachmänner. Im Jahre 1914: Bölsche, Tierwanderungen in d. Urwelt; Floericke, Meeresfische; Lipschütz, Warum wir sterben; Kahn, Die Milchstrasse; Nagel, Die Romantik der Chemie



Belehrend
Über 1000 Seiten Text mit viel. Abbildungen. Nur die grosse Zahl der Mitglieder — Ende des Jahres 1913 weit
über
100 000
ermöglicht diese beispiellosen Leistungen. Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Prospekt bezw. Probeheft bei Ihrer Buchhandlung oder der Geschäftsstelle des Kosmos / Stuttgart Pfizerstrasse 5